

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingerr. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Dr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 8. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Fall Schwand.

Der moderne Kindesmord... unter dieser Aufschrift erschien vor beinahe zehn Jahren im „Sozialdemokrat“ aus der Feder eines Arztes ein Artikel, der dunkle Vorgänge innerhalb des Schooßes unserer bürgerlichen Gesellschaft schilderte. Die Einzelheiten zwangen der Redaktion eine zweifelnde Fußnote ab.

Trotzdem war sie durchaus unangebracht, und vielleicht ist heute ihr Schreiber angesichts des Falles Schwand auch über jenen Artikel anderer Meinung.

Die sozialdemokratische Presse pflegt bei solchen Vorkommnissen, wie bei dem ungeheuerlichen Prozeß in Breslau, die einzige zu sein, die volle Kenntnis von ihm nimmt und es sich angelegen sein läßt, die Motive solcher ungeheuerlichen Thaten zu zergliedern. Die bürgerliche Presse schweigt sich angelegentlich dieser berflenden Eiterbeulen des gesellschaftlichen Körpers stets gründlich aus. Eine kurze pikante Notiz über den Fall, eine über die Aburtheilung; das Verbrechen ist damit geführt. Das Pflaster des Schweigens ist das beste Heilmittel.

Was hat z. B. die sonst so geschwähig allen Tratsch breit tretende Tagespresse über den Prozeß des Reichtums in Paris gebracht, der erwiesenermaßen mehr als 4000 Operationen an Frauen der besten Gesellschaft gemacht? Man hat nicht einmal gehört, ob er verurtheilt oder aus höherer Bourgeois-Raison freigesprochen ist.

Ein gleiches Schweigen finden wir heute angesichts des Breslauer Prozeßes.

Hier stand vom 19. Januar bis zum 3. Februar ein 73jähriger Arzt vor dem Schwurgericht, angeklagt, in dreißig Fällen Frauen und Mädchen, die guter Hoffnung waren, „Rath und Hilfe“ gebracht zu haben.

Der Mann gehörte der besten Gesellschaft an. Er war bei den Regierungsräthen der Stadt ein gern gesehener Gast, ein guter Christ und gehörte als Staatsbürger natürlich einer „reichstreuen“ Partei zu. Wenngleich es innerhalb der besten Kreise der Bourgeoisie eigentlich schon ein vielgewünschtes Geheimniß war, daß der Mann etwas mit sich machen lasse, wenn man in pikanten Nöthen war, traute ihm selbstverständlich niemand offen derartige schlechte Dinge zu.

Nur der Zufall brachte gelegentlich die Art seiner Beschäftigung ans Tageslicht, und zwar betraf dieser erst entdeckte Fall die fünfzehnjährige Tochter einer Berliner Gebiarmme, die einen Schritt vom Wege gemacht. Bei der sich dann bei dem Arzte anschließenden Haussuchung ergab sich ein verblüffendes Resultat. Der Mann hatte über seine verbrecherische Thätigkeit in einer eigenthümlichen, leicht entzifferbaren Geheimschrift — die Zeichen erinnern an die Gestrichphafen der Kalender — Buch geführt, gleichzeitig auch über die erhaltenen Honorare, die beträchtliche Summen darstellten.

Die Breslauer Bourgeoisie, die wie jede andere, wenn einmal nichts mehr zu retten ist, dem umgefallenen Bourgeois-

genossen am ersten die Fußtritte giebt, nimmt an, daß diese Aufzeichnungen — auch die Originalkorrespondenzen fanden sich vor — zu dem Zwecke gemacht worden waren, um auf Grund deren bei den Theilnehmern der Verbrechen später gelegentlich noch umfangreiche Erpressungen zu verüben.

Die Justiz schälte aus diesen Listen dreißig Fälle heraus. Drei oder vier Personen waren der Bestrafung schon durch den Tod entriekt. Eine Frau war nachweisbar infolge des Verbrechens gestorben.

Die belasteten Persönlichkeiten waren entweder Ehefrauen, die „keine Kinder mehr“ haben wollten, oder Gouvernanten, Wirthschafterinnen, Ladbnerinnen, die von ihren Brotherren verführt waren, und diese selber, elegante Kloués, deren Stellung und Besitz es ihnen erlaubte, der Verführung junger Mädchen nachzugehen.

Wie von offenbar vorzüglich unterrichteter Seite mitgetheilt wird, war das Beweismaterial, das der Untersuchungsrichter zusammengetragen hat, ein ungeheuerliches und für sämtliche Angeklagten schwer belastendes.

Was in den langen Tagen während der Verhandlung zu Licht gefördert ist, wissen wir nicht; jedoch sprach das Tribunal der Geschworenen sämtliche Angeklagte mit Ausnahme zweier und des Hauptangeklagten frei, ihn selber zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilend. Zwei Fälle stehen noch aus, die später getrennt zur Verhandlung kommen sollen.

Der greise Verbrecher nimmt seine unheimlichen Erinnerungen in die Mauern des Zuchthaus mit. Er allein weiß, wie viel eigentlich die Justiz von seinen Thaten entdeckt hat.

Die gute Gesellschaft Breslau's war natürlich während des Prozeßes aus dem Häuschen. Wer das von dem alten Manne mit den gültigen Händen gedacht hätte, wer das von der schönen Frau X. X. hätte glauben mögen!

Jetzt, da der Prozeß nothdürftig vorüber ist, athmet alles auf, voller Entrüstung natürlich und Abscheu.

Wir selber urtheilen nicht so, wie die in der Deffentlichkeit vor den „Zuchthausbrüdern“ auspeisende, in den vier Mauern die pikanten Einzelheiten wiederläuende Gesellschaft.

Auch das Verbrechen ist nur das Ergebnis und der Ausdruck der bestehenden Verhältnisse. Würde der Diebstahl in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sein? Gewiß nicht oder doch nur verschwindend selten.

Damit, daß man diesen greisen Verbrecher in das Zuchthaus schickte, hat man das Verbrechen nicht aus der Welt geschafft. Nach diesem Falle werden noch viele unbekümmert dasselbe treiben, wie er selber es auch nicht zuerst getrieben hat.

Wir hörten in diesen Tagen zwei drastische und bezeichnende Meinungen über den Fall Schwand aus den Kreisen der Bourgeoisie selber, die so bezeichnend sind für die dort herrschenden Anschauungen, daß wir sie hierherziehen und daran anknüpfen wollen.

Die eine stammt aus dem Munde eines Kapitalisten-

söhnchens, eines Bürschchens, noch lange nicht trocken hinter den Ohren, das aber mit einer bemerkenswerthen Sachkenntnis über solche Vorkommnisse sprach. Man tritt sich über die Motive, die den Ehemann X. leiteten, für seine eigene Frau die verbrecherische Hilfe zu suchen.

„Aber, meine Herren, sehr einfach,“ sprach das hoffnungsvolle Bürschchen, „dem Manne wäre bei vielen Kindern der Divisor (Theiler) zu groß geworden...“

Er meinte, die auf die Kinder dereinst entfallende Erbschaftsquote wäre sonst zu klein geworden.

Wie das Kerlchen Recht hatte, ohne einen Kapitalisten-Nationalökonom gelesen zu haben.

Ueber den Interessen der „staatsbehaltenden“ Familie, über den Lehren der Religion, über der von Poeten hochgepriesenen Mutterliebe, über der Furcht vor einer furchtbaren Strafe steht das Interesse des Kapitals.

Ein Bourgeois ohne Kapital ist natürlich undenkbar. — Kinder sind also kein „Segen im Hause“ mehr. Am besten nur eins, das den ganzen Reichtum behält; allerhöchstens zwei; damit ja nicht das von dem Vater überkommene Kapital in Stücke bricht. Diese kapitalistischen Bedenken sind so allgewaltige, gehen allen übrigen voraus, daß sich sogar eine Mutter dazu hergiebt, ihr eigen Fleisch, das sie unter dem Herzen trägt, wie die allgemeine Phrase heißt, kaltsblütig hinhinzu lassen.

Das „süße Geheimniß“, das dem Ehemann nach der landesüblichen Bourgeoispoesie zugesüßert werden soll, wird dem ärztlichen Mörder anvertraut, damit dieser „den Divisor“ verkleinert.

Das „Zweikindersystem“, das so lange besteht als es die moderne Bourgeoisie giebt, ruiniert die Kulturstaaten. Frankreichs Bevölkerungsziffer fällt nur wegen der dort in ungeheurem Maßstabe verübten kriminellen Aborte, und wenn das Kapital so weiter wirthschaftet, wird es auch bei uns so werden. Deutsche Bourgeois sind schon so gerieben in der Umgehung dieser Zuchthausparagrafen geworden, daß sie nach dem Auslande gehen, um die Operation vorzunehmen zu lassen.

Eine andere treffende Aeußerung hörten wir aus dem Munde eines Mannes, der berufsmäßig über Gesetz und Sitte zu wachen hatte. Der sprach gar geringschätzend über die ganze Sache.

„Man soll doch gar nicht so viel Aufhebens von solchen Dingen machen. Im alten Rom hat man derlei auch schon gemacht...“

Auch der Mann hat von seinem Standpunkt aus Recht, und wir wünschen ihm und uns Glück dazu. Die Zeit, in der man im alten Rom derartige Praktiken übte, war die Zeit seines endgiltigen Abstieges. Da waren die Zeiten der Lucretien längst vorüber; es waren die Zeiten, als die römische Bourgeoisdame

„dem Hausfreunde die sündige Lust hastig gewährte bei verlöschter Lampe...“

die Zeiten, als die römischen Richter alle Hände voll zu thun hatten, um das crimen laesae majestatis (Majestäts-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

9

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Bei Hans bedurfte es dessen gar nicht. Er war ein ernster Knabe, der sein Geschäft verstand und dem Verufe, der durch die lange Reihe seiner Vorfahren ausgeübt wurde, Ehre zu machen versprach. Ohne unnütze Rede übernahm er, mit eine Miene von Selbstgefühl auf seinem runden Gesichte, die Leitung der kleinen Gesellschaft.

Die beiden Freunde folgten ihm in einer gewissen Entfernung. Sie gingen aus dem Dorfe hinaus und eine kleine Strecke längs des Fließchens, welches Davids Freunde diesen Mittag überschritten hatten. Der Lauf des Wassers bog dann zur Rechten, und ihr Weg führte über ein offenes Moor, ohne irgendwelche Spur eines Pfades. Der Knabe ging rüstig weiter, seine kurzen, dicken Hände leicht schwenkend, ohne den Kopf jemals umzuwenden.

Die Sonne war untergegangen und der purpurne Widerschein des Himmels verliehen sogar der traurigen Landschaft des preussischen Flachlandes einige Schönheit. Eine unbegrenzte Ebene dehnte sich nach allen Richtungen aus. Andrej aber konnte schon in einiger Entfernung die elenden, mit Stroh gedeckten Hütten der russischen Dörfer unterscheiden, die einen solch auffallenden Kontrast zu den geräumigen, mit rothen Ziegeln gedeckten Häusern auf deutscher Seite bilden.

Da gab es keinen Zweifel: hinter diesen Büschen lag Russland, das melancholische Land, nach welchem sein Herz gekehrte. In wenigen Minuten würde er dessen thränengebängten Boden betreten, für den er bereit war, sein Leben in die Schanze zu schlagen.

„Es thut mir überaus leid, lieber David,“ sagte er zu seinem Gefährten, „daß wir so kurze Zeit zusammen waren. Ich möchte so viele Dinge mit Dir besprechen.“

„In ungefähr einem Monat werde ich wieder in St. Petersburg sein. Du wirst es hoffentlich nicht früher verlassen?“

„O, nein! Ich werde kaum Zeit haben, mich mit dem Vorgefallenen bekannt zu machen. Dort hat sich vieles verändert, denke ich. Aber sage mir, haben viele der Unserigen dieselben Ansichten wie Sasepin?“

„Nein, Du brauchst Dich nicht zu ängstigen. Er ist einer der wenigen wunderlichen Käuze. Die übrigen haben andere Schwächen und Gregor ist ihr Prophet. Du hast wohl seine Verse gelesen?“

„Gewiß!“

„Und gefallen sie Dir?“

„Ja, ziemlich. Warum nicht?“

„Das dachst' ich mir. Wenn ich zu wählen hätte, würde ich Sasepin vorziehen.“

„Doch würdest Du mit ihm nicht weit kommen,“ sagte Andrej.

„Ja, er sieht nicht über sein Lagerwerk hinaus, doch ist er ein Kind der Zeit und im Grunde thut mir ja das selbe. Bei ihm weiß man wenigstens, was man hat und nicht hat. Ihr Russen vermeidet es, mit positiven Dingen, die ihr mit dem Finger berühren könnt, zu rechnen; Ihr verwirrt Euch gern die Köpfe mit phantastischem Unsin! Das liegt wohl in Eurem Blute.“

„Urtheile nicht so streng über uns,“ sagte Andrej, auf den Ausfall des Freundes lächelnd. Wenn Gregor seinen Glauben an Russland und die höheren Tugenden unserer Bauern zu weit treibt, was schadet dies? Wiederholst Du nicht dasselbe von Deinen geliebten deutschen Arbeitern im allgemeinen und von denen Berlins insbesondere?“

„Das ist etwas ganz anderes,“ sagte David. „Dies ist kein Glaube, sondern eine Schlussfolgerung auf die Zukunft, welche auf der soliden Grundlage bestehender Thatfachen beruht.“

„Dieselbe Sauce, mein lieber Junge, nur etwas dünner,“ sagte Andrej. „Du kannst nicht umhin, das zu idealisieren, was Dir sehr am Herzen liegt. Mit all' Deiner Philosophie bist Du aber nicht um ein Paar Klager als wir. Deine Vorzüge sind anderweitig zu suchen. Wir sind unserem Volke tief ergeben, Du nicht.“

David antwortete lange Zeit gar nicht. Andrej's Worte hatten eine sehr wundere Stelle seines Herzens berührt.

„Nein, ich bin Eurem Volke nicht ergeben,“ sagte er endlich mit leiser und trauriger Stimme, „warum sollte ich auch? Wir Juden lieben unsern Namen, es ist Alles, was wir auf Erden haben. Ich liebe ihn tief und warm. Warum sollte ich Eure Bauern lieben, welche mein Volk hassen und es in blinder Barbarei schlecht behandeln? Die morgen vielleicht das Haus meines Vaters, eines ehrenhaften Arbeiters, plündern und ihn selbst angreifen werden, wie sie es bereits mit tausenden anderen armen, hart arbeitenden jüdischen Arbeitern gethan haben. Ich kann Eure Bauern, da sie leiden, bedauern, wie einen abyssinischen oder malayschen Sklaven oder jedes schlecht behandelte lebende Geschöpf, mein Herz wird aber nie für sie schlagen, und ich kann Eure eitlen Träume und thörichte Bewunderung für sie nicht theilen. Und was

beleidigung) zu fähnen, als des Imperators Laune höchstes Gesetz war, als dieser Imperator grinsend feststellte, daß die ganze reiche Provinz Ägypten nur 3 oder 4 Gentlemen gehörte . . . und, damit ein Lichtblick nicht fehle, die Zeit, als sich eine neue Weltanschauung aus den Kreisen eines verachteten Proletariats herausrang, deren Befenner selbst die Martern der graufigsten Justiz nicht scheuten.

Der Fall Schwand fordert solche Vergleiche heraus. Der Ehefrau, die keine Kinder mehr haben will, um das Kapital zusammenzuhalten, die Diensthofin, die Gouvernante, die sich dem Brotherrn Kapitalist hingeben muß, um ihr Brot nicht zu verlieren, der reiche Wüstling, der mit Geld selbst die Wissenschaft für Verbrechen kaufen kann, das sind Typen, die des „alten Rom“ allerdings würdig sind.

Und so lange das Kapital herrscht, wird es trotz aller Staatsanwälte auch solche und alle anderen Verbrechen geben.

Noch ein Wort für den Verbrecher. In einer Welt, in der nur das Geld regiert, muß man, wenn man als Arzt bezahlte Aneerbietungen von der Hand weist, entweder ein Charakter oder ein Kapitalist sein. Ein Kapitalist hat es aber leicht, auch ehrlich zu sein.

Ein armer Teufel von Arzt, dem der Versucher einen Beutel voll Gold hinhält . . . nun . . . welcher Kapitalist, der sein Vermögen „selbst erworben“ hat, „solmademan“ nennen sich diese Herren gern, wagt eigentlich einen Stein auf den armen Teufel zu werfen! Bei einem Vergleich mit Herrn Rbeder Schiff zu Elbleth und einem solchen ärztlichen Verbrecher, der arm ist, und in der Gesellschaft „standesgemäß“ auftreten muß, dürfte die Schale des Verbrechers am Ende nicht gar zu hoch steigen.

Die Gesellschaft in Breslau gratuliert sich heute, daß der „Standal“ endlich vorüber ist, aber hat sie mittlerweile auch ein wenig darüber nachgedacht, daß vielleicht der weißhaarige Verbrecher, um „standesgemäß“, d. h. im geraden Gegensatz zu den Lebensgewohnheiten eines „Proletar“ leben zu können, das Geld hernehmen mußte, wo er es fand? Die Herren Regierungsräte laden keinen Proletars zu ihren Tafeln, und der Dr. Schwand war ohne Brot, wenn er nicht standesgemäß auftreten konnte.

So wird, und das ist für uns eine Art Genugthuung, überall der Kapitalismus mit seinen eigenen Skorpionen geblüht.

Und nun ganz am Ende noch Eins. Gerade das Proletariat und das immer mehr verpörende Kleinbürgertum wird von einer Sorte Alter-Volkswirtschaftlern, zu der Professoren, Pfaffen und sonstige staaterhaltende Leute in trauer Gemeinschaft gehören, geradezu zu verbrecherischen Praktiken getrieben.

Wie existieren sich diese staatterhaltenden Quacksalber in Wort und Schrift darüber, daß der besitzlose Arbeiter Kinder in die Welt setzt, wenn er sie nicht ernähren kann . . . auch das wird immer mehr das Privilegium der Kapitalisten.

Altorcks fordern diese Staatsretter auf, „den Kindersegen zu beschränken“.

Aber wie . . . Pfiffige, dabei hochreaktionäre Aerzte bieten die Hilfe so billig an, wie sie der verurteilte Arzt nicht geben konnte. In medizinischen und anderen Zeitungen preist die „Wissenschaft“ ekelhafte Apparate aus, um den Kindersegen hintanzuhalten. Eine ganze Literatur schmutzigster Art besteht über dieses Kapitel, an dessen Letztüre man sich nur mit dem Spruch der Bibel heranwagen kann: „Derr, erlaube mir, daß ich in diese Säue fahre . . .“

Uns eckt davor, näher darauf einzugehen. Die Gesellschaft hat heute für alle diese Eiterbeulen nur ein Mittel, das Pflaster des Stillschweigens. Von Schwand, der im Zuchthaus vermodern wird, wird kein anständiger Breslauer öffentlich mehr reden dürfen, aber seine Thätigkeit wird weiter getrieben werden . . .

Wie lange . . . ? So lange bis der Sozialismus den Urgrund aller Verbrechen und alles Elends vernichtet hat. Dann werden die Mütter ihre Kinder nicht mehr tödten, und die Kinder werden dann das sein, was das Pfaffenhum der Bibel heute nur gedankenlos nachbetet: Ein Segen im Hause.

Eure sogenannte höhere Gesellschaft anbetrifft, kann man für solche Memmen etwas anderes als Verachtung empfinden? In Eurem Rußland ist nichts, was einem Sympathie abringen könnte. Ich lernte aber die Nihilisten kennen und sie wurden mir lieber, als mein eigener Stamm. Ich gefellte mich zu ihnen und unser Verhältnis wurde ein brüderliches, das ist das einzige Band, welches mich an Euer Land fesselt. Sobald wir den Despotismus des Zaren beseitigt haben, wandere ich für immer aus und lasse mich irgendwo in Deutschland nieder.“

„Wir? Du aber,“ sagte Andrej zögernd, „dort etwas Besseres finden? Hast Du die Brutalität des deutschen Pöbels vergessen und war es nur der Pöbel?“

„Ja,“ antwortete David mit einem tief traurigen Blicke seiner großen, schönen Augen; wir Juden sind Fremdlinge unter den Nationen. Doch sind die deutschen Arbeiter auf dem besten Wege, sich zu einer edleren Lebensanschauung zu erheben. Deutschland ist das einzige Land, in dem wir nicht ganz als Fremde betrachtet werden.“ Er beugte sein Haupt und schwieg.

Andrej war von des Freundes Kummer tief betrübt. Er rückte ihm näher und legte ihm die Hand sanft auf die Schulter. Er wollte ihn trösten, ihm sagen, daß die Barbarei der russischen Bauern die Frucht ihrer Unwissenheit; daß sie einen größeren Einsatz an Güte und Toleranz bieten können, als irgend ein anderes Volk in der Welt; daß, wenn sie halb so gebildet wie die Deutschen wären, der Aberglaube verschwinden und keine Spur hinterlassen würde.

Doch Andrej wurde daxon verhindert. Im selben Momente näherte sich ihnen der pausbäckige Vertreter des Nachbarvolkes und sagte: „Gute Nacht, meine Herren!“

„Ah, Hans! Du wilst nach Hause gehen?“ frug ihn David.

„Ja, Herr! Die Mutter wird sich um mich ängstigen, ich muß mich beeilen.“

David nahm einige Groschen für den Knaben aus der Tasche, streichelte ihm die rosige Wange und entließ ihn mit einem freundlichen Worte.

„Und die Grenze?“ fragte Andrej, „werden wir sie allein überschreiten müssen?“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Aus dem Reichstage. Endlich ist die Debatte über den Zukunftsstaat beendet. Die Hoffnung, die Sozialdemokratie todtreben zu können, mußte auch bei dem verblüffenden Gegener schwinden, als heute bei Beginn der Verhandlungen unser Genosse Liebknecht die Rednertribüne bestieg und mit urwüchsiger Frische mit dem hohlen Phrasenschwall, der während der mehrtägigen Redebeschlacht über unsere Partei ausgegossen wurde, in's Gericht ging. Mancher Reichsbote mochte sich sagen, als er Liebknecht reden hörte, wenn die Todgeredeten so aussehen, da wollen wir sie lieber weiter leben lassen. So mußte Stöcker, nachdem Liebknecht mit der stolzen Erklärung geschlossen, daß wir nach wie vor bereit sind, den Kampf mit allen Parteien zu führen und daß in den Reihen der Sozialdemokratie die Furcht ein unbekanntes Gefühl sei, — die Erklärung abgeben, daß die Herren vom Ordnungsbret darauf verzichten, das Rededuell fortzusetzen. Und konnte dieser Ausgang recht sein; wenn aber die Herren die Probe darauf machen wollen, wie sehr und ob uns die Debatte im Ansehen des Volkes wirklich geschadet hat, dann braucht ja der Reichstag nur endlich einmal die Beschlüsse seiner Wahlprüfungs-Kommission in bezug auf die von Neben- und Müller'sche Wahl zu vollziehen. Die dann notwendigen Neuwahlen geben die beste Gelegenheit, die Probe auf das Exempel zu machen. Also heraus, Ihr Herren, mit Eurem Flederwisch! Geredet habt Ihr lange genug, nun mögen die Wähler ihr Urtheil abgeben.

Nach Beendigung der Zukunftsstaatsdebatte lenkte der Abgeordnete Dingens die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Kapitel: Fabrikinspektoren. Der Redner gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß in Deutschland das Institut der Fabrikinspektoren bei den Arbeitern noch nicht das Vertrauen gefunden habe, wie es in anderen Ländern, speziell in Amerika und England der Fall sei. Dr. Max Hirsch hielt darauf eine „Harmonie“-Rede in der er u. a. es auch bedauerte, daß die meisten Unternehmer zu stolz seien, die Feste der Arbeiter zu besuchen. Außerdem frug Redner an, wann denn die Bestimmungen über die Sonntagruhe für Industrie und Handwerk in Kraft treten? Minister von Bötticher gab darauf die Erklärung ab, daß sich ein bestimmter Termin nicht angeben lasse, daß er aber bestimmt hoffe, noch vor Ablauf des Jahres die Bestimmungen in Kraft zu sehen. In vorgeschickter Stunde nahm hierauf der Abgeordnete Wurm das Wort, um in sehr eingehender Weise sich mit den Berichten der Fabrikinspektoren zu beschäftigen.

Die Rede war eine wichtige Anlage gegen die Zustände in unserer Industrie, in der Prostitution und die Uebermacht der Konkurrenz es verhindern, daß die wenigen Arbeiterbeschäftigungen unserer Gewerbe-Ordnung zur vollen Geltung kommen. Der Redner brachte für seine Behauptungen ein reiches Material aus den Berichten selbst bei. Da Morgen Schwermetall ist, so wird die Debatte am Donnerstag fortgesetzt.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch die Reichstagsdebatte über den „Zukunftsstaat“ wird in der gesamten Bourgeoispreffe ausposaunt — und in der Presse des Auslandes noch lauter und vollmächtiger als in der des Inlandes. Nun — bei den nächsten Wahlen werden die Herren „Sieger“ merken, welche treffliche Waffen sie uns geliefert haben. Die Geschickter unserer Gegner im Reichstag gestehen auch ungenirt zu, daß die Debatte über den Zukunftsstaat eine kolossale Dummheit war. —

Die Förderer der Militärvorlage finden in der heutigen „Germania“ (Nr. 50, drittes Blatt) eine ähnliche Beleuchtung, wie wir sie ihnen im Leitartikel unserer Sonntag-Nummer zu Theil werden ließen. Sie meint, daß diejenigen, die so lebhaft von „Patriotismus“ und „Opferfreudigkeit“ auf der einen Seite sprechen, auf der anderen Seite aber vom „schönen Gelde“ und der nichts bedeutenden „Geldfrage“, wenigstens mit der Opferfreudigkeit vor allem bei sich selbst aufpassen sollten.

„Es gilt dies z. B. von denjenigen Besizhenden, die über Selbststeinschätzung, geplante Vermögenssteuer, Einkommensteuer bis zu 3 und 4 pCt. so lebhaft klagen, dagegen die erhöhten Kosten für das Militär meistens auf die indirekten

„Die Grenze! Wir haben sie bereits überschritten.“

„Aber wann?“

„Vor einer halben Stunde.“

„Sonderbar! Ich habe nichts dergleichen gesehen; nicht einmal einen Wackposten.“

Der Wackposten hielt wahrscheinlich hinter jenem Hügel oder an irgend einem andern Plage, von dem aus er uns nicht sieht und auch nicht gesehen werden kann.“

„Wie freundlich von ihm,“ sagte Andrej mit einem Lächeln.

„Ein sehr gewöhnlicher Geschäftskniff,“ erwiderte David. „Niemand kann ihm etwas vorwerfen, wenn er in einem gewissen Momente auf einem besonderen Punkte der Linie steht, die er zu bewachen hat. Wenn er Dich kennt, ist er für einige Kopelen gern bereit, an einem Orte, den Du ihm bezeichnest, etwas länger zu verweilen.“

„Und wenn wir uns verspätet hätten und die Wache uns gesehen hätte, als sie gerade hervorkam?“

„So hätte sie sich auf die Strümpfe gemacht und wäre in das frühere Versteck zurückgeeilte, das ist alles. Doch wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir wollen direkt nach dem Dorfe gehen, damit uns keine Streifwache sieht. Das würde uns übel bekommen. Wir befinden uns jetzt im Reiche des Zaren.“

In Foma's Hause, wohin sie sich begaben, fand Andrej zu seiner großen Freude schon seinen Reisefack vor, welchen der pünktliche Deutsche bereits hingebachtet hatte.

Sie kamen gerade fünf Minuten vor dem rauchenden und schraubenden Eisenbahnhof auf dem Bahnhof an. Es war ein durchgehender Schnellzug und deshalb um so sicherer für Andrej, weil wohlhabende Leute weniger belästigt werden, als das gemeine Volk.

Andrej fand eine Wagenabtheilung, in welcher sich nur ein junger Mann befand, der in der Ecke schlief und seinen Flachstopp in einen Schal gelüllt hatte. Ein auf dem Bahnsteig auf- und abschreitender Gendarm half ihm höflich, seinen Sack einheben. Ein letztes freundliches Nicken David's, der Zug setzte sich in Bewegung, und Andrej fühlte, daß er wirklich in Rußland war.

(Fortsetzung folgt.)

Steuern wälzen wollen, obgleich dieselben den Kleinen und den kleinsten Mann schon jetzt mit 10 bis 15 pCt. seines Einkommens belasten und außerdem die wirklich Hungernden zu noch ärgerem Nothstande zwingen. Es gilt auch von dem Theile der Grundbesitzer, die über ihre Nothlage in den stärksten Ausdrücken klagen, zum Theil sogar mit der Sozialdemokratie drohen, dabei bald dies und bald jenes vom Staate verlangen, an Militär aber nicht genug bekommen können. Es gilt auch von denjenigen Beamten, einschließlich der Lehrer der verschiedenen Grade, welche, zum Theil mit sehr vielen Grunde, Besserung ihrer Gehaltsverhältnisse verlangen, dabei aber durch Agitation für noch erhöhte Militärausgaben die Möglichkeit dazu verschließen.“

Die preussischen Schnapsbrenner-Zunker sind nicht zufrieden mit der ihnen zu Theil werdenden Liebesgabe von 40 Millionen jährlich, sie suchen für sich auch noch ein Aoh-spiritus-Monopol zu ergattern. Gegen dieses Bestreben erhebt sich eifriger Widerspruch in Süddeutschland. In einer getragenen Versammlung in Mannheim, in welcher die Branntweinbrenner aus Baden, der Pfalz, Württemberg und Hessen vertreten waren, wurde entschiedener Protest gegen die Gelüste der preussischen Agrarier erhoben. —

Der offiziöse Binder zitiert eine Aeußerung Bebel's, selbstverständlich verstümmelt, um für die Militärvorlage und die neuen Steuern Kapital zu schlagen. Er schreibt:

„Um die Verderblichkeit, resp. Gefährlichkeit des Sparens zu illustriren, sagte Herr Bebel:

„Nehmen wir an, der Arbeiter rauchte jede Woche zwei Zigarren à 4 Pf. weniger, so würde das bei 6 Millionen Arbeitern 24 960 000 M. im Jahre ausmachen . . . Tränke jeder Arbeiter in der Woche zwei Glas Bier weniger, so würden im Jahre 62 400 000 Mark weniger ausgegeben.“

„Aehnlich, meinte Herr Bebel, liege es beim Schnaps.“

Die Schlussfolgerung Bebel's, daß die Einschränkung der Bedürfnisse zu gleicher Zeit die Einschränkung der Produktion mit sich brächte, läßt Herr Binder fort. Bebel sagte nämlich, daß der verringerte Zigarrenkonsum zur Folge haben müßte, daß über 124 Fabriken eingehen müßten. Eine ganze Anzahl von Arbeitern würde brotlos. Händler, Kaufleute, Kistenmacher würden ihre Existenz verlieren. Bei dem verringerten Bierkonsum würden 100 Brauereien ruiniert werden und wiederum tausende Arbeiter, Böttcher, Händler u. s. w. brotlos werden. Diese Schlussfolgerung läßt der Binder fort und beduzirt bloß aus dem von Bebel Gesagten, daß der Arbeiter sehr leicht die Kosten des Militäretats tragen könne, er brauche nur seine Bedürfnisse noch mehr einzuschränken. —

Eugen Richter „hat förmlich geschwätzt in der Wonne, den gesammten Reichstag hinter sich zu sehen“, als er seine Phrasen gegen die Sozialdemokraten von sich gab, schreibt die „Börse-Zeitung“. Sie hofft, daß Eugen Richter sich dieses Wonnegefühl auch ferner schaffen werde, indem er mehr zu den Mittelparteien rückt. Wir gönnen Herrn Richter gerne die Wonne der Schwelgerei am Busen seiner neuen Freunde. —

Aus dem Reiche des Königs Stephan. Die neueste Nummer des „Amtsblatts des Reichs-Postamts“ bringt wieder ein neues Stückchen aus der Kriegsführung des Reichs-Postamts gegen den Verband der Postassistenten zur öffentlichen Kenntniß. Sie enthält folgende Mittheilung:

„Der wegen Ungehorsams aus dem Postdienst entlassene Postassistent Funk in Berlin hat unterm 20. Januar im Namen des Postassistenten-Verbandes eine durch Organe der Tagespresse veröffentlichte Erklärung erlassen und als Flugblatt verbreitet, in welcher gegen die von den Vertretern der Reichs-Postverwaltung in der Budgetkommission des Reichstags amtlich abgegebenen Erklärungen Einspruch erhoben und deren Richtigkeit in Zweifel zu ziehen versucht wird. Diese Veröffentlichung hat dem Reichs-Postamt Veranlassung gegeben, die der Postverwaltung als Beamte angehörigen Mitglieder des Gesamtverbandes des Postassistentenverbandes darüber verantwortlich vernahmen zu lassen, ob Funk tatsächlich in ihrem Auftrage gehandelt habe, und ob sie mit dem Inhalte des Flugblattes einverstanden seien. Hierbei haben die mit Funk den Vereinsvorstand bildenden Beamten sämtlich erklärt, daß Funk von ihnen zur Veröffentlichung des Flugblattes keinen Auftrag erhalten habe. Zugleich hat der erste Vorsitzende des Verbandes, Postassistent Kahsnitz in Berlin, folgende Erklärung abgegeben: „Ich erkläre hiermit, daß die unter dem 20. Januar von dem früheren Postassistenten Funk erlassene Flugchrift, in welcher derselbe gegen die von den Vertretern der Reichs-Postverwaltung in der Budgetkommission des Reichstages amtlich abgegebenen Erklärungen Einspruch erhebt und die Richtigkeit dieser Erklärungen in Zweifel zu ziehen versucht, von Funk ohne meiner Auftrag erlassen ist, und daß ich als Mitglied des Vorstandes des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten die von Funk gefertigte Veröffentlichung nicht billige und dafür Sorge tragen werde, daß künftig ähnliche Eigenmächtigkeiten unterbleiben. Kahsnitz, Postassistent und 1. Vorsitzender des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten.“ Die gleiche Erklärung haben abgegeben: der 1. Schriftführer des Verbandes, Telegraphenassistent Kaifert heim, der stellvertretende Schriftführer, Postassistent Gogroze und der Verbands-Registrator Postassistent Liebig. Gegen einen anderen, dem Verbandsvorstande angehörigen Beamten ist wegen seines in der Sache beobachteten Verhaltens disziplinarisch eingeschritten worden.“

Bei der Berathung des Post-Gesetzes dürften die Vergewaltigungen an den Postassistenten und vor allem das ganze System von Verdächtigungen und Verfolgungen, von dem wir vor einigen Tagen einige Proben veröffentlichten, wohl zur ernstlichen Besprechung kommen, obwohl diese Dinge nicht in Zukunftsstaaten, sondern in dem gegenwärtigen Staate stattfinden. Man wird sich hoffentlich nicht mit leeren Redensarten abspeisen lassen. Schlecht genug werden die niederen Postbeamten bezahlt, und da sollte man wenigstens die Beamten, welche den Kern des Postwesens bilden, vor Beschimpfungen und Vergewaltigungen schützen. —

„Bergmanns-Freunde“. In einer seiner letzten Nummern versucht sich der mit Unterstützung der königlich preussischen Bergwerksverwaltung „zur Unterhaltung und Belehrung für Bergleute“ im Saarrevier herausgegebene „Bergmanns-Freund“ wegen der unglücklich gemeinen Schimpereien zu rechtfertigen, die er während des Streikes gegen die Saarbergleute gebraucht und die wir ihm in unserem Leitartikel vom 24. Januar, in eine saubere Liste zusammengestellt, um die Ohren geschlagen hatten, wie einem Schulbuben sein verschmiertes Schreibheft. Daß das königlich preussische Blatt wieder vier Spalten ausfüllt, um sich zu rechtfertigen und zu entschuldigen, zeugt für die einbringliche, gesunde Wirkung unserer Fügung; und mehr als diese Wirkung kann man vom „Bergmanns-Freund“ nicht erwarten, „so lange wir ihn zu

redigieren die Ehre haben", wie sein Redakteur und Bergassessor, vielleicht in Vorahnung kommender Dinge, schreibt. Der königlich preussische "Bergmannsfreund" an der Saar gesteht also zu, "allerdings mitunter etwas kräftige Ausdrücke" gebraucht zu haben und "derb" gewesen zu sein. Das ist doch etwas Selbsterkenntnis, die etwas früher hätte kommen sollen. Wenn sie nur lange vorhält! Wir fürchten, daß es nicht lange dauert; denn in demselben Artikel versucht das königlich preussische Blatt seine Rippeleien theilweise auf andere abzuschieben. In einer langen Liste führt es diejenigen seiner Korrespondenten mit Ortsangabe auf, welche ihm die von uns gerügten Schimpfereien geschrieben haben. Das ist das alte Manöver in der Bureaukratie — nun soll ein Theil der Schuld mit auf die Andern fallen, in diesem Falle wahrscheinlich auf die Bergbeamten, die ihrer Gefühlsrohheit in jenen Korrespondenzen freien Lauf ließen. Vielleicht macht dies manche der Herren Korrespondenten nachdenken darüber, was für Dank sie schließlich von oben zu erwarten haben, wenn sie sich für den Fiskalismus und die Ausbeutung allzu eifrig in's Zeug legen. Das wäre wieder eine ganz gute Wirkung der Bächtigung, die wir vollstreckten. Im übrigen ist und bleibt natürlich der "Bergmannsfreund" für die Rippeleien voll und ganz verantwortlich, die er abdruckte. Was sodann in zweiter Linie vermuthen läßt, daß die moralische Wirkung unserer Bächtigung nur vorübergehend beim "Bergmannsfreund" sich äußern wird, ist die Thatfache, daß er die Stirn hat, zu behaupten, es sei "eine grobe Unwahrheit", er hätte mit seinen Rippeleien, die Bergleute an der Saar beschimpft". Demgegenüber genügt es festzustellen, daß das königlich preussische Blatt z. B. unter dem 31. Dezember von der bodenlosen Unerbarmlichkeit der "Führer", und einige Tage darauf folgendes schrieb: "Wenn die Bergleute glauben, sich durch ein solch' Gebahren die Freundschaft der Geschäftsleute zu erwerben, so sind sie eben gewaltig auf dem Holzwege. Wird den Leuten nicht weiter gepumpt, so werden sie eben frech" u. s. w. Es ist klar, daß sich alle diese Rippeleien nur auf die Bergleute bezogen haben können, deren Ausstand ja die Galle des "Bergmannsfreundes" erst in solche Erregung brachte. Wir glauben also auch, daß das königlich preussische Blatt, sobald die Schmerzen der jetzigen Bächtigung verwunden sein werden, weiter räpeln wird. Nun — desto besser für unsere Kulturbewegung in den Bergrevieren!

Wahlkorruption in Württemberg. Als bei der jüngsten Wahlprüfungs-Debatte im Landtage ein heftig-graphirter Erlaß der Regierung vorgeführt wurde, bestritt der Ministerpräsident v. Mittnacht, daß der betreffende Erlaß seit einer ganzen Reihe von Jahren hinausgegangen sei und bemerkte, daß die Möglichkeit vorliege, daß es sich nur um einen harmlosen Entwurf handle, der gar nicht in Wirksamkeit getreten sei. Jetzt veröffentlicht der Stuttgarter "Beobachter" eine Reihe von sehr interessanten Wahl-Aktenstücken. Alle diese Wahlerlasse und Wahlbeeinflussungen datiren aus der Zeit, in der Herr v. Mittnacht an der Spitze des Staatsministeriums steht: sie stammen sämmtlich aus den Jahren 1881—1887. Der frühere Präsident der General-Direktion der Staatseisenbahnen, Herr v. Gosader, also ein Ressortbeamter des Ministerpräsidenten, erließ am 1. Februar 1887 (vor den Septennatwahlen) ein "geheim zu behandelndes" Rundschreiben, in dem er u. a. sagte:

"Ich erlaube Euer Hochwohlgeboren, den Beamten Ihres Ressorts in geeigneter Weise die Erwartung der Regierung auszusprechen, daß dieselben die Wahl eines der unveränderten Annahme der Militärvorlage geeigneten Kandidaten mit den ihnen erlaubten Mitteln nach Kräften unterstützen und namentlich auch in den Kreis der ihnen untergebenen Bediensteten und Arbeiter bei sich bietender Gelegenheit durch Belehrung über die einschlägigen Verhältnisse den Ausstreunungen der Opposition, es handle sich um ganz andere Ziele, entgegenwirken werden.

Den Agitationen der Zentrumspartei gegenüber wäre dabei darauf hinzuweisen, daß jeder Zusammenhang zwischen dem Septennat und den Rechten und Interessen der katholischen Kirche fehlt, und daß die von der Zentrumspartei gegen die Militärvorlage eingenommene Haltung durch kirchliche Interessen nicht begründet, ein Bund zwischen der katholischen Bevölkerung und der Demokratie sicher auch von den kirchlichen Obern nicht gebilligt ist."

Aus dem Ministerium der Finanzen liegt ein Erlaß des Präsidenten des Steuerkollegiums, Direktors v. Winterlin, vor. In diesem wird, "höherer Anregung zufolge" ersucht, im Einvernehmen mit dem Oberamte die Wahl desjenigen Kandidaten mit allen erlaubten Mitteln nach Kräften unterstützen zu wollen, welcher dem von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Septennat geneigt ist und sich dafür ausgesprochen hat." Namentlich wird empfohlen, in dem Kreis der Beamten und Bediensteten "durch Belehrung" u. s. w. im angegebenen Sinne wirken zu wollen. Der Erlaß schließt sich — auch er beschäftigt sich mit den Katholiken und der etwaigen Opposition in Beamtenkreisen — so eng an den aus dem Eisenbahnressort stammenden an, daß man den Gedanken nicht abweisen kann, hier habe eine Kooperation stattgefunden. Bemerkenswerth ist auch der Zusatz: "Im Einvernehmen mit dem Oberamte", den auch der bekannte Renner'sche Wahlerlaß hatte. Des ferneren liegen bestimmte Anzeichen vor, daß man im Kultus- und Justizdepartement ganz ähnlich vorgegangen ist. Der Beobachter theilt weiter ein paar lithographirte, von des Finanzministers eigener Hand gezeichnete Schriftstücke mit, worin der Name des Kandidaten und seines Wohnortes handschriftlich eingezeichnet sind. Der eine der Erlasse lautet:

Vertraulich. Euer zc. Bitte ich aus Anlaß der bevorstehenden ständischen Wahl im Benehmen mit dem Herrn Oberamtmann in vorstichtiger Weise für die Wahl des Herrn . . . zu wirken und mir über den Stand und die Aussichten von Zeit zu Zeit Nachricht zu geben. Hochachtungsvoll Finanzminister Renner. Stuttgart, den . . .

Angesichts solcher Aktenstücke hält es schwer zu glauben, daß man es nicht mit einem planmäßigen, vom Gesamtministerium diktierten Vorgehen zu thun habe, was der Ministerpräsident v. Mittnacht am 19. d. M. in der Abgeordnetenversammlung bestritten hat.

Das schweizerische Auslieferungsgesetz steht jetzt auf der Probe. Wie wir seinerzeit hervorhoben, leidet dasselbe unter dem Grundfehler, daß die Trennung zwischen gemeinen und politischen Verbrechen nicht scharf genug gezogen ist. Anstiftung zum Meineid, dessen Rösler beschuldigt wird, ist ein gemeines

Verbrechen, allein der Meineid, oder vielmehr die Verleitung zum Meineid soll in einem politischen Prozeß vorgekommen sein, und so würde die Auslieferung entschieden einen politischen Charakter haben. Der Bundesrath ist in Verlegenheit und hat die Sache jetzt vor das Bundesgericht verwiesen. Auf dessen Entscheidung kann man gespannt sein.

Der französische Erzsünder Arton ist in Deutschland entdeckt aber noch nicht verhaftet. Er war unter den Namen Förster und Reuter Anfangs des Monats von Prag über Dresden und Leipzig nach Magdeburg gereist — scheint jedoch Wind bekommen und eine andere Route eingeschlagen zu haben. Wenigstens hat die Polizei ihn noch nicht ergriffen. Da Arton wegen gemeiner Verbrechen und Schwindelacten verfolgt wird, so ist seine Auslieferung gewiß — falls er erwischt wird.

Der Panama-Scandal. Ein Telegramm vom heutigen Tage besagt:

Paris, 7. Februar. Die Anklagungskammer hat heute Nachmittag 1 1/4 Uhr in dem Panama-Prozesse die Einstellung des Verfahrens gegen Roudier, Devès, Grévy, Renault und Cottu beschloffen; Proust, Bérat, Dugus de la Fauconnerie, Bahaut, Sansleron, Gobron, Blondin, Arton, Charles de Bessèps und Fontane wurden vor die Assisen verwiesen.

Daß Roudier entkommen soll, ist zwar sehr wenig überraschend — nach dem Sprichwort von den großen und kleinen Spihuben — allein wir hoffen doch, daß die Sache noch nicht zu Ende ist. Die Vernehmung Arton's und des Cornélius Herz wird zweifellos noch neues Belastungsmaterial liefern. Freilich Arton ist noch nicht gefangen und Herz „am Sterben“.

Apropos, wenn wir hier von großen und kleinen Spihuben sprechen, so geschah das bloß, weil es das Sprichwort so will. Im Panama-Scandal giebt es bloß große und größere Spihuben.

Parlamentarisches.

Sitzung der Militärkommission. Vom Herrn Reichsfangler wird schriftlich mitgetheilt, daß an den Beratungen weitere drei Offiziere, ein Oberst, ein Hauptmann und ein Kriegsrath theilnehmen werden. Der Bericht der Subkommission liegt gedruckt vor. Abg. Hünze giebt einige Erläuterungen. Das Reichsfiskusamt hat auf die in voriger Sitzung formulirten Richter'schen Fragen folgende Antwort gegeben:

Was die gewünschte Auskunft darüber betrifft, welche Mehr- oder Mindereinnahmen für den gleichen Zeitraum aus den Aenderungen der Zoll- und Steuererhebung von 1891 und 1892 zu erwarten sind, so läßt sich Genaueres, als in den dem Reichstage bereits vorliegenden Schätzungen geschehen, nicht bejessern. Im einzelnen kommen in Betracht:

1. Die Aenderungen des Zolltarifs durch die am 1. Februar 1892 in Kraft getretenen Handelsverträge. Der aus denselben zu folgender Einnahme-Ausfall ist in Anlage XIV zum Entwurf des Reichshaushalts-Stats für 1893/94 Seite 8 zu 27 348 500 Mark angenommen. Diese Mindereinnahme ist bei Ermittlung des Staatsausfalls für das Rechnungsjahr 1893/94 bereits in Abzug gebracht. Daß ein Ausfall in solcher Höhe thatsächlich eintreten und nicht durch gezeigerte Einfuhr infolge der Zollermäßigungen schon in der nächsten Zukunft ganz oder zu einem wesentlichen Theile ausgeglichen werden wird, ist indes keineswegs sicher. Für das laufende Rechnungsjahr, dessen Ergebnis in wesentlichen unter der Herrschaft der Handelsverträge steht, werden die Zolleinnahmen den für 1893/94 veranschlagten Betrag voraussichtlich nicht unerheblich übersteigen. 2. Die Aenderungen in der Zuckerbesteuerung durch das Gesetz vom 31. Mai 1891. Da der Veranschlagung der Zuckerversteuerung in dem Entwurf für 1893/94 die neuen Bestimmungen schon mit voller Jahreswirkung zu Grunde liegen, so kommt für die späteren Jahre nur die Ermäßigung und danach der gänzliche Wegfall der während einer Uebergangszeit vom 1. August 1892 bis 31. Juli 1897 bei der Zuckerausfuhr aus dem Ertrage der Zuckerversteuerung zu leistenen Zuschüsse in Betracht. Die dadurch entstehende Verbesserung der Reichseinnahme berechnet sich

für das Etatsjahr 1894/95 auf		—	—
	1895/96	300 000	„
	1896/97	1 450 000	„
	1897/98	1 450 000	„
	1898/99	7 200 000	„
zusammen		10 400 000	„

jährlicher Mehreinnahme von 1898/99 ab.

3. Die Aenderungen in der Branntweinbesteuerung durch das Gesetz vom 8. Juni 1891 sind finanziell unerheblich. Deswegen und wegen der Schwierigkeiten einer richtigen Bejessung ist schon bei Begründung des Gesetzes eine Veranschlagung des finanziellen Ergebnisses unterblieben.

Zusammenstellung der größeren Mehrausgaben, welche in den fünf nächsten Etatsjahren (1894/95 bis 1898/99) auf Grund bestehender Gesetze oder mit Zustimmung des Reichstags eingeleiteter Anwendungen voranschläglich erwachsen werden.

Gegenstand	Zu dem Zweck		Zu dem Zweck
	Mehrbedarf	weniger	
I. Reichsamt des Innern			
Invalditäts- u. Altersversicherung	17 200 000	3 900 000	13 300 000
II. Marine			
Planmäßige Personalvermehrung	1 876 000	946 000	930 000
III. Reichsschuld			
Zinsen	9 600 000	4 983 000	4 617 000
IV. Allgemeiner Pensions-Fonds	10 000 000	2 000 000	8 000 000
Uebershaupt	38 676 000	11 829 000	26 847 000

Seitens der Militärverwaltung sind u. A. folgende Aufschlüsse ertheilt worden. Die durch die beabsichtigte Heeresvergrößerung hervorgerufenen endgiltigen Kosten für dauernde Unterbringung der Truppen in Kasernenbauten werden betragen 104 690 000 M. Die Mehrerfordernisse für den allgemeinen Pensionsfonds des Reichsheeres infolge der Heeresvermehrung werden im Beharrungszustand 5 Millionen, die Steigerung der fortdauernden Ausgaben des Pensionsfonds auf Grund der in Aussicht stehenden Novelle zum Pensionsgesetz soll im Beharrungszustand nach 20 Jahren ungefähr 8 Millionen betragen. Zur Durchführung des Marine-Vergrößerungsplanes sind für die nächsten fünf Jahre vom 1. April 1894 an für einmalige Ausgaben von Lasten der Anleihe festgelegt: 18 787 000 M. Der weitere erforderliche Zuschuß des außerordentlichen Etats entziehe

sich der Berechnung; vielleicht lasse sich derselbe auf 70 000 000 M. schätzen. — Die Richter'sche Berechnung, daß die Militärverwaltung die fortdauernden Mehrausgaben um ca. 14 und resp. 6, im Ganzen 20 Millionen zu niedrig geschätzt habe, wird von der Subkommission nicht als richtig anerkannt. Die Summe belaufe sich, wie angegeben, auf 56 674 000 Mark, wozu noch die bayerische Quote von 7 250 000 Mark komme. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß alle vorhergegangenen Heeresvergrößerungen zusammen 3449 Offiziere und 85 324 Mann betragen haben, während die heutige Vergrößerung von nicht weniger als 2881 Offizieren und 88 804 Mann fordert.

Die von der Subkommission aufgestellten und von der Militärverwaltung beantworteten Fragen werden in heutiger Sitzung Punkt für Punkt diskutiert. Die Debatte dreht sich zum großen Theil um untergeordnete Punkte, die durch die Ausrüstung der Regierung nicht genügend aufgeklärt erscheinen. — Ueber die Rekrutenauswahl wird mitgetheilt, daß dieselbe künftig ca. 14 Tage betragen werde, mit den Beurteilungen werde innerhalb der zweijährigen Dienstzeit erheblich sparsamer umgegangen werden. — Das Urtheil der Subkommission über die Unrichtigkeit der Richter'schen Berechnungen wird von Richter und Riedert bestritten. Die Militärvertreter haben übrigens ihren in der Subkommission abgegebenen Erklärungen durch folgende Schlussbemerkung einen Vorbehalt zu sichern versucht:

„Den in dem Bericht niedergelegten Erklärungen liegt die Voraussetzung zu Grunde, wie dieselben nur dahin aufgefaßt werden können, daß sie nur insoweit als bindend zu betrachten seien, als nicht heute noch unübersehbare Verhältnisse, insonders etwaige Fortschritte auf dem Gebiete der Technik Verschiebungen nöthig machen sollten.“

Ueber die Art der Kasernenbauten entspinnt sich eine längere Diskussion. Bei dieser Gelegenheit macht Graf v. d. Schulenburg den bezeichnenden Vorschlag, der Staat solle künftig überhaupt nicht mehr für die Kasernierung der Truppen sorgen, sondern dies Privaten oder insbesondere den Kommunen überlassen, welche letztere sich ja bei jeder Truppenvermehrung darnach drängen, Garnisonen zu erhalten. Dadurch würde das Reich erhebliche Ersparnisse erzielen können. Oberst Erffling erklärt, daß die Militärverwaltung diesen Weg auch für wünschenswerth erachte und schon verschiedentlich günstige Erfolge mit sogenannten Privatkasernen und hädtischen Massenquartieren, wofür der Militärstaat bis zu 4 pCt. Zinsen und 8 pCt. Amortisation des von den Städten aufgenommenen Kauskapitals garantirt, erzielt habe. Von der Budgetkommission sei aber eine Ausdehnung dieses Systems nicht zugegeben worden.

Richter bekämpft den Vorschlag, der lediglich in vereinzelten Fällen zweckmäßig sein könne. Die Städte hätten bei Garnisonverlegungen, die aus militärischen Gründen nöthig würden, großen Schaden von der Uebernahme solcher Bauverpflichtungen. Ebenso erklärt Riedner sich gegen die Parterre-Kasernenbauten, die zu viel Baugrund beanspruchen und deshalb unwirtschaftlich seien. Auch Dr. Lieber und Dr. Baumhach widersprechen dem Schulenburg'schen, von militärischer Seite beschränkten Vorschlag.

Um 1/4 Uhr wird die Diskussion abgebrochen. Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, Vormittags 10 Uhr.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschäftigte sich heute mit der Wahl des Abgeordneten Ahlwardt. Gegen dieselbe liegt ein Protest vor, der sich in der Hauptsache gegen die in diesem Kreise betriebene amtliche Wahlbeeinflussung richtet. Den Lesern des "Vorwärts" wird noch in Erinnerung sein, daß gelegentlich der Stichwahl der Landrath des Kreises Friedeberg, v. Bornstedt, der zugleich Wahlkommissar war, einen Aufruf für Ahlwardt unterzeichnet. Auch sonst hat der Herr Landrath sich sehr für die Wahl des Vektors aller Deutschen interessiert. In der Kommission gingen die Meinungen darüber, welcher Einfluß dem agitatorischen Auftreten des Herrn Landraths beizumessen sei, sehr auseinander. Von der einen Seite wurde dem landräthlichen Eingreifen in die Wahlagitation eine so weittragende Bedeutung beigemessen, daß beantragt wurde, diesen Punkt für erheblich und eventuell die Wahl Ahlwardt's für ungültig zu erklären. Diese Auffassung konnte aber keine Majorität finden und wurde ein diesbezüglicher Antrag mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Frage über die Gültigkeit der Wahl Ahlwardt's entschieden, denn alle übrigen Punkte des Protokolls, deren Nichtigkeit angenommen, würden nicht hinreichen, die Majorität Ahlwardt's, welche über 7000 Stimmen beträgt, zu erschüttern. Zum Abschluß der Prüfung der Wahl wird die Kommission erst Morgen kommen.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzesentwurfes über die Abzahlungsgeschäfte hat in ihrer letzten Sitzung am Montag Abend die Generaldebatte zu Ende geführt. Die Kosten derselben haben hauptsächlich diejenigen Redner getragen, welche die Vorlage entweder ganz ablehnen oder derselben doch sehr skeptisch gegenüber stehen. Die Kommissionsmitglieder der rechtsstehenden Parteien haben sich damit begnügt, ihr Einverständnis mit dem Entwurfe auszusprechen. Trotz dieser Zustimmung der Mehrheit scheint aber doch auch in diesen Kreisen die Absicht vorzuherrschen, an dem Entwurfe noch einschneidende Aenderungen vorzunehmen. Man will einerseits die Mißstände auf diesem Gebiete beseitigen, kann sich aber andererseits auch nicht der Einsicht verschließen, daß die Grenze, wo bei den Abzahlungsgeschäften die Möglichkeit aufhört und die Mißstände beginnen, außerordentlich schwer zu finden sei. Ob es gelingen wird, diese Grenze zu finden, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Bildungsschule. Von Leitfried, Luxemburg 100.—, Jahresbeitrag der Freireligiösen Gemeinde 50.—, Von Andreas B. 20.—, Sub-Schule Bodrauerer 35.—, Von Genossen Weidened 13.—, Zweite Rate vom Konzert am Tobtensonntag bei Lips 27.55. Gesammelt bei der Kindtaufe H. Feinow, Friedberg 1.50. Für einen Vortrag durch Herrn Vippmann 3.—, Kern, Stromstraße 1.—, Summa 258.35.

H. Gumpel, Barnimstr. 42.
 Frau W. Die Frage, ob die Damenmäntel-Nährinnen, die ohne Gehilfen in ihrer Wohnung Sachen für ein Geschäft bearbeiten, versicherungspflichtig sind, ist sehr bestritten. Das Reichsversicherungsamt scheint die Frage zu verneinen. Ist die Damenmäntel-Nährin versicherungspflichtig, so ist der Geschäftsinhaber beitragsverpflichtet. Rufen Sie die Entscheidung des Versicherungsamtes an und halten uns in dieser sehr wichtigen Frage, bitte, auf dem Laufenden.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein:
 Pianofortefabrik Mariannenplatz 13 6.10 M. Ein kleiner Soziald. aus der Adersstraße 1.—, Tischlerei Karl Müller u. Co., obere Werkst. 6.05. Für die ausgesperrten Bergarbeiter aus einer öffentl. Versammlung d. Oid.-Krankenkasse der Drechsler und verw. Gewerbe am 5. Febr. 93 13.00. Unabhängiger Stahlbau Rixdorf 5.—, Unbekannt 0.50. Gustav und Marie Müller, Staligerstr. 66, 3.—, Durch eine Hundekuktion bei dem Restaurateur Lewinski, Wasmannstr. 18, 1.45. Von Posamentenarbeitern und Arbeiterinnen, S. Nr. 15.—, Dewitt und Berg'sche Werkst. 3.45.
 Summa 57.75 M. Bereits quittirt 9624.45 M.; in Summa 9682.20 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 8. Februar.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Die gelehrten Frauen.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Der Komödiant.
Kessing-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Die große Glocke.
Kroll's Theater. Der Bildschub.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Gläubiger. — Familie Pont-Biquet.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Gardehufar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der böse Geist.
Neues Theater. Die kleine Marquise.
National-Theater. Wallenstein's Tod.
Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 16. Male:
Modernes Babylon.
 Gefangnisse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Compilés theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm - Ode - Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum.
 Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili.
 kleinj. lebend. Elefant d. Welt,
 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang,
 78 Kilo schwer.
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
 Grosses Künstler-Konzert.
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.
Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Täglich:
Große Künstler-Revue
 Spezialitäten allerersten Ranges.
 Auserordentlich reichhaltiges und amüsanter Programm.
 Anf. Sonnt. 6 Uhr. Wochent. 7 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Garzer Kanarienhähne,
 Lichtfänger, Deckhähne, Weibchen v. f. f. Stamm, Vogelkutter billigt, bei Langmeier,
 Al. Luststraße Nr. 76.

Circus Renz.
 (Raritätstraße.)
 Mittwoch, den 8. Februar 1893,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. ansehnliche Vorstellung.
 Zum 26. Male. **Ein Künstlerfest.** Zum 26. Male.
 Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **A. Siems.** Mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen.
 Außerdem: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Markir.** Goldbird in der hohen Schule geritten von Fräul. **Clotilde Hager.** Gebrüder **Trevally,** hervorragende Akrobaten der Gegenwart etc.
 Morgen, Donnerstag: **Ein Künstlerfest.** — Freitag: Auf vielseitiges Verlangen 2. Wiederholung der Gala-Fest-Vorstellung.
 Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Großartiger Erfolg des neuen Programms.
Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurley's, Laurence, Tirk u. s. w.
 Das Theater ist gut geheizt.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79,
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
 sowie Auftreten des musikal. Clowns **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle für Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.
 Jeden Mittwoch [12585] **frische Grützwurst.**
C. Laeske, Schlächtermeister,
 Oranienstr. 2a.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen empfehle mein neu eingerichtetes **Weiß- und Gairisch-Bier-Sokal.**
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Vereinszimmer für 60 Personen zu vergeben. 8650L*
Benno Stabernack, Pächterstr. 49,
 2. Haus von der Brangelstraße.
Stodische, Klippische
 vorrätig in der Markthalle Alterstraße.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße No. 2.

Soeben wurde fertig die **Einbanddecke zur „Neuen Welt“**
 Jahrgang 1892.
 Geschmackvolle Ausführung in rothem Kaliko,
 Mit Goldtitelprägung Preis 1,- M.
 Mit Schwarzdruck —,80
 Jeder Decke wird Titelblatt und Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben.
 Bestellungen sind an die Expeditionen derjenigen Arbeiterblätter, denen die „Neue Welt“ beiliegt, oder unter Beifügung des Betrages an uns direkt zu richten.

Bekanntmachung.
 Wir theilen hierdurch mit, daß wir vom 1. Januar 1893 ab den Preis elektrischer Energie für gewerbliche Zwecke auf 8610L*
20 Pfg. für 1000 Wattstunden
 ermäßigt haben. Auskunft wird in unserem Bureau Schiffbauerdamm 22 ertheilt.
Berliner Electricitäts-Werke.

Seit zum einundvierzigsten Jahr, Wünschen wir Dir immerdar, **Hermerschmidt,** Dir allem Genossen, **Hall** treu zur Fahne unverdrossen. **Rante!** et id'ne scheene Sache, wenn der Schulmeister lesen laun! — **R. N. E. D. H. F. J. B. O. M. R. B.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, **Marie Oehmke geb. Jakobs,** am 6. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag Nachm. 3 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshain aus statt. **Wilh. Oehmke.**

Danksagung.
 Allen Freunden und Kollegen, sowie den Gesangsvereinen „Liedes-Echo“ und „Gand in Hand“ sage ich hiermit für die innige Theilnahme, sowie für die reiche Kranzspende beim Begräbnis meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres Vaters unsern herzlichsten Dank. 12546 **Dwe. P. Splitt u. Kinder.**

Am Donnerstag, den 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet im „Süden“ für die Vertrauensmänner der

Former
 eine **Extra-Sitzung**
 statt. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gemacht. Versammlung Lokal beim **Teufel, Staliberstr. 11.**
Stempel Vereins-Abzeichen etc. **H. Guttman, Brunnenstr. 9.**
Meyer's Lexikon laufe **A. Sauer, Raupachstr. 2.**
Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 8561L **H. F. Dinslage, Kolbuserstr. 4, Hof part.**
Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40. Spr. 11-12, 4-5. Stg. 9-10.
Kindergarten. Größtes Lager Berlins, **Andreasstr. 23. Sv.**
Große Tauben kauft und verkauft **Weißner, Triftstr. 4.** 1257b
Sopha verk. **Berwalter, Admiralstr. 8.**

Grüntramgeschäft, Obst, Gemüse u. Kraut, w. Krankheit d. Frau 3. verf. **Wiesenstr. 15.** [1162R]
Schantgesch. 3. v. **Reichenbergerstr. 170.**

Swinemünderstr. 45/46
 billige freundliche Wohnungen:
 Vorderhaus: 2 Stuben u. Küche, 4 Tr., 800 M. Hinterhaus: Stube u. Küche 170-180 M. 1255b*

Großes, helles Barterre-Fabriklokal in dem Metallgießerei betrieben wurde — auch für jeden anderen Zweck geeignet — ist zu vermieten. Näheres b. **S. Cohn jr., Wassergrasse 21.** [1142R]
 Möbl. Zimm. 3. verm. **Swinemünderstraße 49a, v. I. b. Brinkmann. Pr. 10 M.***
Schlosser- oder Mechaniker-Lehrlingsstelle für den Sohn eines Gen. gesucht. Näh. durch **M. Schwan, Köpenick, Niehstr. 89a.** [1251b]
 Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
 Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 963b*
Miszewirthschaft mit Hausreinigung bei freier Wohnung und 12 M. Wochenlohn weist nach der Berliner Dienerverschein Mauerstr. 86. Bureau geöffnet von 10-12 Uhr Vormittags. Mitglied werden erforderlich. 1261b

An die Mitglieder der **Genossenschafts-Bäckerei**
 Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 10. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Seefeldt, Grenadierstraße 33:**
Versammlung d. Interessenten d. Genossenschaft.
 Tagesordnung: Die Vorgänge in der Genossenschaft.
 Amtliche Mitgliedskarte legitimirt. **Der Einberufer: Kruse.**

Schöneberg.
 Donnerstag, den 9. Februar 1893, Abends 8 Uhr, im Saale der **Schloßbrauerei, Hauptstr. 60-63:**
Gr. öffentl. Wähler-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Referent: **Stadtordehneter Th. Metzner.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet **Zeller-Sammlung** statt.
 840/16 **Das Wahlkomitee.**

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 2.

Denjenigen Parteigenossen, die sich über das Verhältniß des Sozialismus zur Religion, speziell zum Christenthum, unterrichten wollen, und die in ihrem Agitationsfeld besonders noch mit den Einflüssen der Kirche auf die Bevölkerung zu kämpfen haben, empfehlen wir zum Studium sowohl, als auch zur Massenverbreitung folgende zwei in unserem Verlage in neuen Auflagen erschienene Broschüren von **August Bebel:**
Christenthum und Sozialismus.
 Eine religiöse Polemik zwischen **Herrn Kaplan Hohoff in Guffe** und dem Verfasser der Schrift: **Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie.**
 Separatabdruck aus dem „Volksstaat“ von 1873/74.
 16 Seiten 8°. Gehftet 10 Pf. 100 Exemplare 7,- M.
 Diese Broschüre ist zur Massenverbreitung namentlich in katholischen Gegenden sehr geeignet.

Blatten 400/11*
 zu **Yves Guyot's und Sigismund Lacroix's**
 „Die wahre Gestalt des Christenthums“
 (Etude sur les doctrines sociales du christianisme).
 Nebst einem Anhang:
Jeder die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.
 Dritte durchgesehene Auflage.
 VIII und 48 Seiten. Elegant gehftet Preis 30 Pf.
 In knappen, scharfen Umrissen giebt der Verfasser eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, er weist dies besonders nach mit Bezug auf Luther's reaktionäre Reformbewegung. — Der Anhang ist die Quintessenz der betr. größeren Schrift („Die Frau und der Sozialismus“) aus des Verfassers Feder.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 2.

Soeben erschien:
Heft 36
 der **Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs- und Kolporteurs entgegen.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 ist das beste
 und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
 8510 L

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Moritzplatz)
 Sprechst. 8-1, 3-5. Poliklinik f. Unbemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 7. Februar 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Büttcher.

Die Verhandlung über die Sozialdemokratie und ihre Ziele wird im Rahmen der Staatsberatung (Reichsamt des Innern, Gehalt des Staatssekretärs) fortgesetzt.

Abg. Liebknecht (Soz.): Die Gegner meinen, daß die deutsche Sozialdemokratie durch diese viertägige Debatte moralisch vernichtet sei. Diese Vernichtung habe ich schon hundert Mal erlebt und jedesmal gefunden, daß es dem Gegner schlecht gegangen ist und mir sammt meinen Genossen am besten. Das deutsche Bürgerthum liebt es, sich für seine Niederlagen durch erdichtete Siege zu revanchiren. Fürst Bismarck wurde auch von der Fortschrittspartei so lange moralisch besiegt, bis er Herr der Situation war. Was hat diese Debatte für einen Sinn gehabt? Wie kommen Sie dazu, sie in einem solchen Moment vom Tische zu brechen? (Lachen rechts.) Die Entscheidung über die Militärvorlage wird systematisch verzögert, und diese Debatte ist nur herangezogen worden, um Ihr Spiel hinter den Kulissen bezüglich der Militärvorlage zu verdecken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Herr Bachem soll sagen, was seine Partei in bezug auf sie thut. Darum weiß sie sie nicht zurück? Diese Debatte ist nur eine Komödie zur Vorbereitung des Kompromisses. Was Sie gesagt, ist schon hundert Mal weit besser gesagt. Der Reichstag ist überdies gar nicht der Ort, diese Fragen zu erörtern. Soweit sie wissenschaftlich sind, hat die Wissenschaft sie zu entscheiden. An Bachem's Auftreten hat man so recht gesehen, wie sehr dem Zentrum sein Windhorst fehlt. Unter seiner Führung wäre ein solches Disputatorium einfach nicht möglich gewesen. Er hätte gesagt: das schiedt sich nicht, der Reichstag sei kein Debatte-Klub. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Was Bachem sagte, hat ebenso gut, wenn nicht besser vor 20 Jahren bereits der evangelische Pastor Schuster gesagt. Ich hoffe, daß er, wenn er mit seiner vierten Rede kommt, seinen Schuster inzwischen studirt hat. Stumm spricht vom Zuchthaus, das wir schaffen wollen; er braucht nur einmal drei Monate lang als Arbeiter in seine eigene Fabrik zu gehen; da ist er im Zuchthaus. Und den Aninchenstall kann er in Leipzig bei seinen Bourgeois finden. Im Jahre 1862 war Schulze-Delitzsch unumschränkter Herrscher über die deutsche Arbeiterwelt. Man predigte das Evangelium vom freien Spiel der Kräfte, vom Segen der Konkurrenz, von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital. Wer 1862 eingeschlafen, heute erwacht, Richter hörte, hätte nicht gedacht, daß er geschlafen hatte. Herr Richter ist kein Betrefakt, er hat seinerzeit von Fraucher viel gelernt. Abg. Büttcher sprach von der Sittlichkeit des Sparens; wird denn der sozialdemokratische Arbeiter nicht auch genöthigt sein zu sparen? Einige Familien erübrigen etwas, aber was ist ihr Loos? In einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Sachsen vom vorigen Sonntag heißt es: „Auch der schlecht bezahlte sächsische Arbeiter spart, aber hungert sich vielfach mit Weib und Kind seine Spargroschen an dem notwendigen Bissen Brot ab.“ Herr Mehnert hat Recht, die sächsischen Arbeiter sparen, aber verurtheilen sich dadurch zum langamen Verhungern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Der Zukunftsstaat ist Sache der Phantasie, jeder hat seine Ideale, Sie (rechts) auch, wenn sie auch rückwärts liegen; jeder will nach seiner Façon selig sein. Die Wissenschaft, die Partei als solche hat damit nichts zu thun. Unser Programm hat niemals den Arbeitern vom Zukunftsstaat erzählt, nur der Einzelne hat auf Anfragen zuweilen seine Gedanken über seine Verwirklichung entwickelt. Fichte sagt in der Schrift „Ueber die Bestimmung des Gelehrten“ wie Rebel: „Die Gesellschaft ist mit dem Begriff des Staates nicht zu verwechseln. Das Leben im Staat gehört nicht unter die absoluten Zwecke des Menschen, sondern ist nur ein unter gewissen Bedingungen stattfindendes Mittel zur Gründung einer vollkommenen Gesellschaft. Es ist der Zweck aller Regierungen, die Regierungen überflüssig zu machen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da sollen unsere Bestrebungen so fürchterlich revolutionär sein! Damit ist auch Bachem's sittliche Entrüstung, daß ich die Autorität leugne, beseitigt. Ich erkenne keine Autorität an, sondern nur die Gewalt, denn die Regierungsgewalt ist stärker als ich. Autodidaktenthum und Unwissenschaftlichkeit kann man anderswo finden, nicht bei der Sozialdemokratie. Marx, von der Kathederwissenschaft als höchste Autorität auf wirtschaftlichem Gebiet anerkannt, hat den Boden geschaffen, auf dem die Partei steht. Das Freihändlerthum ist von der Wissenschaft als Altwissenschaft vollständig zurückgewiesen und abgethan. Sie sagen, wir wollen das Familienleben zerstören, von dem Richter noch ein Stück entdeckt hat. Er sollte nur einmal unter die Arbeiter gehen, um zu sehen, wie ein Familienleben möglich sein soll, wenn Mann und Frau den ganzen Tag außer dem Hause arbeiten müssen. Wie es damit steht, ist in den Berichten der Fabrikinspektoren nachzulesen. Bachem fragt, ob wir expropriiren wollen oder nicht? Thut denn das die heutige Gesellschaft nicht fortwährend? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu entwickeln sich die Verhältnisse von selbst. Lassalle's Genie konnte noch keine bedeutende Bewegung hervorgerufen, weil sich die bürgerliche Gesellschaft zu seiner Zeit noch nicht so entwickelt, ihre Schäden noch nicht so gezeigt hatte und die Vernichtung des kleinen Mannes und die Expropriation der Massen noch nicht so weit vorgeschritten war wie heute. Herr Stöcker sagte: Gott sei Dank, die Masse besitzt noch Eigenthum. Das ist einfach nicht wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Masse noch Eigenthum besäße, dann gäbe es nicht die mächtige Sozialdemokratie, welche die Unzufriedenheit nicht erzeugt sondern selbst ihr Produkt ist. Herr Richter macht sich, wie alles, so auch ihren Ursprung leicht. Die natürliche Erklärung sieht er nicht, braucht also einen Mann, der die Geschichte gemacht hat, und das ist ihm Fürst Bismarck, der ja den Selbstvernichtungsprozess und die Korruption der heutigen Gesellschaft beschleunigt und uns dadurch Vorwand geleistet hat, aber die Sozialdemokratie wäre auch ohne ihn da, wie auch alle mit seiner Person in Verbindung gebrachten Erscheinungen da wären, wenn er nicht gelebt oder ein beliebiger Schulze oder Müller an seiner Stelle gestanden hätte. Bismarck ist gestürzt, er hat uns nicht vernichten können; wir haben ein neues Regiment, und die Dinge stehen wie zuvor. Die jetzige Debatte, geführt, um uns zu vernichten, bietet uns ganz ausgezeichnetes Material für die nächsten Wahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse haben sich selbst so entwickelt, gleichviel ob der deutsche Reichskanzler Bismarck, Caprivi oder Eugen Richter heißt, falls ihn das noch einmal beschieden sein sollte; denn die Gesetze des natürlichen Auflösungsprozesses der heutigen Gesellschaft kann kein Reichskanzler besitzigen. Als Beweis dafür, daß wir den Zwangsstaat und die Zerstörung des freien Willens wollen, beruft man sich auf die kindische Legende vom Terrorismus der Führer. Sie haben denselben gegen uns geübt durch das Sozialistengesetz und andere Mittel. Jene Legende wird von einer älteren aufgekehrt. Vor Jahresfrist, bei meinem kleinen

Abenteurer in der Philharmonie, erzählte man mit Freude: nicht einmal die Führer sind mehr sicher vor der Tyrannei der Massen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bald tyrannisierten also die Führer, bald die Massen. Wer so etwas sagt, begreift nicht das Wesen unserer Partei. Richter sieht im Zukunftsstaat ein Zuchthaus. Um das zu finden, brauchen wir nicht weit zu gehen. Wo ist denn Freiheit im heutigen Staate? Er entrüstete sich, als Rebel sagte: wer im Zukunftsstaate nicht arbeiten wolle, bekäme nichts zu essen, — und damit nicht sagen wollte, daß man in unserem Staate verhungern soll, sondern nur, daß wer nicht arbeite, auch nichts verdiene und daher nicht ordentlich essen könne. Heute ist die Geschichte leider umgekehrt: Die Faulenzer, die nicht arbeiten wollen, essen am besten und reichlichsten und die am meisten arbeiten, müssen hungern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bachem sagte, nur über seine Leiche gehe der Weg zur Vernichtung des Christenthums. Ich bin wahrhaftig nicht blutdürstig, hoffe aber, ihn bei den nächsten Wahlen als Leiche auf dem Schlachtfelde zu finden, natürlich nur in figürlichem Sinne, nicht in Wirklichkeit. Aber das kann ich ihn versichern, daß seine katholische Kirche sich in unserem Zukunftsstaat besser befinden wird, als in dem heutigen. Einen Kulturkampf giebt es da nicht. Die Religion ist nach unserem Programm nicht Staats-, sondern Privatsache; die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Meinungen ist uns heilig. Aber wie steht es mit der Freiheit da draußen? Hat die katholische Kirche die Freiheit anderer Kirchen geachtet, wo sie die Macht hatte? Jede Kirche ist herrschsüchtig und sucht die andere zu unterdrücken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie würden es in unserem Staate besser haben als wir es in dem Jhrigen haben. (Sehr gut! links.) Herr Bachem fragt uns wie ein Beichtvater: Schwören Sie die Revolution ab oder nicht? Wer giebt ihm das Recht, uns so zu fragen? Wir haben die Revolution nicht abgeschworen und werden sie nicht abschwoeren. Wir sind eine revolutionäre Partei, aber nicht in Ihrem polizeilichen Sinne, der bloß gewaltthätig umstürzen will. Hätten Sie unsere Reden im Reichstage und auf unseren Kongressen gelesen, dann würden Sie weder so noch nach dem Zukunftsstaat fragen. Nicht wir lesen nicht die Schriften der Gegner, sondern umgekehrt. Man kann doch jemand mit Erfolg nur belumpfen, den man kennt. Die Revolution unserer Partei besteht darin, daß wir keine Kompromisse schließen und keine Palliativmittel wollen, sondern sagen: die Rebel der heutigen Gesellschaft können nur geheilt werden, wenn ihre Quellen verstopft werden. Die ganze heutige kapitalistische Gesellschaft ohne Ausnahme in allen ihren Auswüchsen muß beseitigt werden und die Rebel, welche sie zu Tage fördern, können beseitigt werden, indem das System des Kapitalismus beseitigt wird. Das haben wir zu allen Zeiten erklärt, aber niemals hat ein Sozialdemokrat gesagt, daß wir durch Gewalt oder durch Verschönerung den heutigen Staat umstürzen wollen. Jeder ist ein Schwindler oder Thörichter Fanatiker, der da glaubt, durch eine Gewaltthat eine Revolution machen zu können. Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht, sie entstehen, sie sind das Produkt der geschichtlichen Entwicklung. Nach Herrn Bachem soll ich in einer Versammlung erklären haben: Wenn wir heute dekretiren, morgen um 10 oder 12 Uhr ist der sozialdemokratische Staat einzurichten, dann ist er eingerichtet. Wie kann er mir eine solche Dummheit unterstehen insofern schlechter oder böswilliger Auffassung eines Reporters? Ich habe auf die englische Gewerkschaftsbewegung hingewiesen und gesagt, wenn in England die sozialistische Bewegung so stark wäre, daß sie das Staatsrad in die Hand nehmen könnte, dann wäre England in der glücklichen Lage, kraft seiner wunderbaren Arbeiterorganisation, dekretiren zu können: von morgen Mittag 12 Uhr an geht der Betrieb aller Fabriken, Bergwerke u. s. w. über an die organisierte Arbeiterschaft. Das habe ich gesagt, und das ist eine alte Wahrheit. Glauben Sie, daß bei einer sozialistischen Organisation eine Buchdruckerei auch nur einen Augenblick stille stehen würde, wenn der Druckerbesitzer expropriirt würde? Da, wo die Bedingungen der sozialdemokratischen Gesellschaft nicht vorhanden sind, ist es auch unmöglich, sie zu organisiren. Wo die Massen des Volkes Eigenthum haben, ist es unmöglich, eine sozialdemokratische Organisation zu schaffen. Die Gesellschaft muß erst durch den Großkapitalismus hindurchgegangen sein, und muß erst die Massenexpropriation demgemäß vor sich gegangen sein. Die heutige Gesellschaft muß schwach geworden sein, bevor an eine Einführung der sozialistischen Gesellschaft gedacht werden kann. Kein Sozialdemokrat erträumt ein Narrenparadies, wie Sie es die Welt glauben machen wollen. Statt den Zukunftsstaat zu studiren, rathe ich Ihnen sehr, den Gegenwartszustand zu studiren (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), dann würden Sie solche Thorheiten nicht vorbringen. Man hat von der Tyrannei der Marx'schen Lehre gesprochen. Das Marx'sche eberne Entwicklungsgesetz vernichtet nicht das Individuum zu einem breit geräucherten Pfannkuchen. Das geschieht nur in der heutigen Gesellschaft. Die freie Konkurrenz geht über das Individuum hinweg. Marx weiß so gut wie jeder andere, daß der Mensch auch ein Faktor der Entwicklung ist, und daß ohne die Menschskraft ein Fortschreiten nicht möglich ist. Aber die Kraft des einzelnen Menschen, einer Gruppe von Menschen kann jenem Entwicklungsgesetz nicht zuwiderhandeln, sie muß handeln mittels dieser Gesetze, mit Benutzung derselben, im Einklang mit ihnen. Das Individuum steht nicht an dem Baum der historischen Entwicklung und schaut hypnotisirt hinaus, ob nicht die Birnen hinunterfallen; einen solchen Wölschinn mag mancher sich gedacht haben (Heiterkeit), aber Marx hat diesen Gedanken niemals gehabt. Er hat gemeint, daß der Baum der Entwicklung von den Menschen geschüttelt werden soll. Wenn der Baum erst in Blüthe steht, kann keine reife Frucht herunterfallen. Man hat auch die Marx'sche Diktatur des Proletariats als Schreckbild vorgeführt. Was erschreckt Sie dabei? Haben wir nicht unter dem Sozialistengesetz eine Diktatur in der härtesten Form gehabt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ach, wir werden Ihnen einmal eine schlimmere aufdiktiren, wenn wir in der Macht sind. Das nenne ich Diktatur, daß eine Gesellschafts-klasse die Gesetzgebung dazu benutz, um die andere machtlos zu machen. Das ist hier gesehen, und wenn Marx von der Diktatur des Proletariats gesprochen hat, so hat er gemeint, daß es notwendig sei, daß die siegreiche Sozialdemokratie die Gegner unschädlich macht. (Aha!) Ja, das ist doch selbstverständlich. Suchen Sie uns nicht unschädlich zu machen? Das, was uns recht war, müssen Sie als billig für Sie anerkennen. Thun Sie nur nicht so heuchlerisch! Ich liebe wahrhaftig nicht die Diktatur; aber im gesellschaftlichen Kriege haben wir nicht Friedenszustände, und wir haben jetzt etwas wie Krieg. Wenn der Staat sich an die Spitze der Sozialreform stellt an die Spitze des Kapitalismus setzte, dann könnte langsam auf geschwämigem Wege das Ziel der friedlichen Umgestaltung der Menschheit, ohne das Individuen und Personen zu Grunde gehen, erreicht werden. König Stumm, der sich ja so nennt, (Lachen rechts), Kollege Stumm (ermuthet Gelächter), was hat er als Panacee? Ein neues Sozialistengesetz, eine neue Diktatur gegen die Sozialdemokratie. Sie dürfen wahrhaftig von einer Diktatur Ihnen gegenüber nicht sprechen. Der Wind säet, wird Sturm ernten. Man hat den Streit zwischen den „Jungen“ und „Alten“ als großes Ereigniß behandelt. Wer sind denn

diese „Jungen“? Wer behauptet, daß sie wegen abweichender Meinungen ausgestoßen sind, ist einfach ein Lügner. Wenn jemand gegen die guten Sitten verstößt, das Hausrecht verlehrt, dann entfernt man ihn aus rein gesellschaftlichen und persönlichen Gründen. Das ist doch kein Gewissenszwang. Sie erzählen immer von großen Versammlungen der Unabhängigen und Anarchisten. Diese bestehen aber nur in den Spalten Ihrer Zeitungen, es sind die Steifknechten Falstaffs, mit denen Sie uns belumpfen wollen. Wir sind eine Partei der absolut freien Entwicklung. Mit den abfälligen Bemerkungen über mich oder Rebel als Führer der Partei glauben Sie Uneinigkeit bei uns zu erregen. Sie sind eben nur die Zustände eines Landes gewöhnt, wo keine Pressefreiheit ist; in England, Amerika, der Schweiz ist die Sprache der öffentlichen Meinung eine ganz andere. Wir wollen nichts vertuschen, alle Unzufriedenheit soll heraus; gerade in dieser freien Kritik liegt das starke Bollwerk unserer Partei. Wir züchten nicht eine Aristokratie von Parlamentariern und Rednern, gegen die die Anderen nicht aufkommen können; wir sind besorgt, alle Kräfte zu wecken. Wir sind hier 36 und könnten Ihnen jeden Tag zweistündige Reden halten lassen. Was kommt aber dabei heraus? Es wird gesagt, Deutschland schaut auf uns. Wenn das deutsche Volk jetzt sieht, wie hier anstatt mit der Militärvorlage der Deutsche Reichstag sich mit dem Zukunftsstaat beschäftigt, muß es denken: Bin ich denn verrückt geworden? Ist das in einem solchen Moment eine der Volkserreiter würdige Aufgabe? Ein vernünftiger Mensch muß wissen, daß mit Reden niemals ein wissenschaftlicher Streit zum Austrag gebracht werden kann, und wenn Jahre lang geredet wird. Aber Sie wollen die Aufmerksamkeit ablenken von der Militärvorlage, das ist Ihr Zweck. (Lachen rechts und im Zentrum; Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn es Ihnen vom Zentrum Ernst wäre mit der Verwerfung der Militärvorlage, dann läge sie schon längst im Papierkorb, und der Reichstag wäre aufgelöst. Ihre Reden in dieser Debatte dienen uns als Munition; sie haben nur gezeigt, daß Sie nichts gelernt und nichts vergessen haben, daß Sie vollständig verständnißlos der größten Bewegung der Gegenwart gegenüber stehen. Ferner beweisen sie in der drastischsten Weise, daß alle Parteien völlig einmüthig auf dem Boden des Kapitalismus stehen, von Stumm an bis Eugen Richter und Stöcker. In seinen „Irrelehren“ hat Richter Ihnen die geistige Waffe gegen uns geliefert. Es wird uns vorgeworfen, daß wir keine Widerlegung zu Stande gebracht haben. Das ist zum Theil richtig, aber ich verweise nur auf das kleine Schriftchen meines Freundes Franz Mehring, das die Grundzüge der Widerlegung liefert, und welcher sagt, die „Irrelehren“ sind die Bibel geworden, auf welche die gesammte deutsche Bourgeoisie und kapitalistische Gesellschaft schwört. Das ist von großer kulturhistorischer Bedeutung, denn es zeigt, wie tief in bezug auf geistige und Charakterentwicklung die deutsche Bourgeoisie hinter anderen Ländern zurücksteht. Der Abg. Bachem sagte, wir näsährten die Arbeiter. Das ist ein Ausdruck, den ich hier im Hause gegen Kollegen zu gebrauchen mich schämen würde. Die Partei des Abg. Bachem hat die Menschheit schon fast 2000 Jahre lang genasährt. (Rufe: Oho!) Nun ich den Ausdruck gebrauche, rufen Sie: Oho! Wir haben den Arbeitern nicht den Zukunftsstaat vorgegaukelt, sondern ihnen ehrlich die Wahrheit gesagt. (Lachen rechts und im Zentrum.) Wir sagen ihnen: Ihr habt innerhalb und außerhalb des Reichstages keine Freunde, alle Parteien auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft sind eure Gegner. Das bereiten Sie ja jetzt auf das allerbeste. Wir sagten den Arbeitern: Die gebratenen Lauben werden Euch nicht in den Mund fliegen, ein Schwindler ist derjenige, der Euch ein Paradies verspricht, das plötzlich durch ein Wunder entsetzt wird. Sie geben den Arbeitern die Knochenluppen zu essen, das Fleisch von den Knochen ist dann im Himmel nachzuholen. Mit solchen Knochenluppen suchen wir die Lage der Arbeiter nicht zu verbessern, sondern sagen ihnen: Eure Bestrebungen werden belumpft werden, organisiert eure Kräfte, laßt Euch nicht näsährten von den anderen Parteien, sondern geht zu der Partei, die die Befreiung der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat, bei welcher schon Millionen von Arbeitern sind, die eigentlich die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands ist. Wenn es dann zum Klappen kommt, wenn der wirtschaftliche Bankrott noch größer wird, werden Sie sich vielleicht alle zusammenscharen oder auch gegenseitig belumpfen. Das ist uns ziemlich einerlei. Sie marschiren dann vielleicht unter einer Fahne, die „Spar-Agnes“ als Jungfrau von Orleans voran, gegen uns, die wir Ihnen entgegengehen unter der einfachen rothen, ehrlichen Fahne. (Lachen rechts.) Ich rufe Ihnen zu: Kommen Sie nur, wir werden mit Ihnen allen fertig! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöcker: Nach dieser Rede des Abg. Liebknecht, die beachtenswerth dadurch ist, daß er das eberne Entwicklungsgesetz in die sozialpolitische Wissenschaft eingeführt hat, glaube ich auf meine Rede verzichten zu können. Alles muß ein Ende haben und diese Debatte auch. Wir haben den Muth, die Debatte mit dieser Rede des Abg. Liebknecht auslingen zu lassen. Die Sozialdemokraten haben heute ihr bestes Pferd ins Feld geführt, auch dieses hat, wie die Stimmung des Hauses zeigt, sich als ein völlig lahmer Renner erwiesen. Wir werden nicht mehr hierzu sprechen, wenn es uns nicht aufgezwungen wird. (Widerspruch des Abg. Singer.)

Abg. Lingens (Z.) weist darauf hin, daß die österreichischen Fabrikinspektoren bei manchen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern glücklich vermittelt haben. Bei uns sei das nicht geschehen, weil unsere Fabrikinspektoren zu bürokratisch erzogen seien. Es wäre besser, wenn nicht bloß Beamte zu dieser Thätigkeit berufen, sondern auch Personen aus gewerblichen Kreisen, Ingenieure u. s. w. zur Inspektion angenommen würden. Es würde sich dann leichter als jetzt ein Vertrauensverhältnis herausbilden. Redner bedauert, daß die Fabrikinspektoren über die religiösen Verhältnisse keine Auskunft geben. Es gebe in seiner Heimath Fabriken, in denen kleine Mätre ausgerichtet seien, die je nach der Jahreszeit geschmückt würden. Dort dürften die Sozialdemokraten nicht kommen und davon sprechen, daß es keinen Himmel gebe. Solche Zustände sollten aber auch erhalten und wo es gebe, wieder eingeführt werden.

Abg. Pirsch (Dz.) beunruhigt, daß die Fabrikinspektoren in Preußen mit einer Aufgabe betraut sind, die ihrer eigentlichen Thätigkeit eigentlich fern liege, nämlich mit der Dampfkeffel-Revision. Ein großer Theil der Zeit werde durch diese neue Arbeit in Anspruch genommen; es würde zweckmäßig sein, wenn die dafür in Anspruch genommene Zeit in den Berichten angegeben würde. Die Fabrikinspektoren haben schon durch die Erlattung von Gutachten z. B. sozial-rechtliche Arbeit, daß ihnen durch andere Dinge ihre soziale Arbeit nicht gestört werden sollte. Ein preussischer Fabrikinspektor, der für eine ganze Provinz eingesetzt sei, habe über die wirtschaftlichen und sittlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht eine Zeile zu berichten gehabt, trotzdem doch diese Kritik die wichtigste der ganzen Berichte sei. Einzelne Fabrikinspektoren geben ja eine Uebersicht über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, aber die Zahlen sind nicht vollständig. Es ist ja eine Kommission für Arbeiterstatistik eingesetzt, aber die Sache geht natürlich nicht so schnell vorwärts. Deshalb wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn den Fabrikinspektoren

für das laufende Jahr als besondere Aufgabe gestellt würde: die Arbeitslosigkeit. Ein Teil der Fabrikinspektoren strebt danach, ein näheres Verhältnis zu den Arbeitern zu gewinnen, aber es wird geflagt, daß die Arbeiter nicht kommen. Dadurch sollten sich die Beamten nicht abschrecken lassen. Sie sollten durch die Presse die Arbeiter auf ihre Tätigkeit aufmerksam machen, sie sollten sich auch mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen, um Kenntnis von den Verhältnissen der Arbeiter zu gewinnen. Die Gewerkschaften haben trotz der mißlichen gewerblichen Verhältnisse für ihre Mitglieder gefogt, auch bei Arbeitslosigkeit. Deshalb sollte man solche Organisationen befürworten, um auf Grund beiderseitiger Organisationen ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herzustellen! Die Arbeitsordnung sollte ein Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen, wie es der Gesetzgeber wünschen muß. Das ist leider nicht überall erreicht worden. Ich kann das nicht im einzelnen nachweisen; aber wenn selbst in Muster-Arbeitsordnungen, wie sie von einem Gewerbe-Inspektor aufgestellt sind, Gesehwidrigkeiten vorkommen, so ist es begreiflich, daß die anderen Arbeitsordnungen noch viel schlimmer sind. Die Arbeitsordnung verlangt z. B. von den Arbeitern die Aus-händigung der Legitimitätspapiere an den Arbeitgeber. Das ist nicht nötig und wird von vielen Arbeitern als lästig empfunden. Ferner werden die Arbeiter in die Betriebskrankenkassen ge-zwungen, was dem Krankentaggesehe widerspricht. Manche Arbeitsordnungen sind übermäßig lang, so daß sie ein Buch bilden. Die Kürze der Arbeitsordnung ist ein Vorzug, weil dadurch Streitigkeiten über den Sinn derselben vermieden werden. Redner verweist auf die Arbeitsordnung des Oplischen Instituts von Zeis in Jena, welche keine Strafbestimmung enthält, obgleich Herr v. Stumm die ganze Arbeiterschuh-Gesehwidrigkeit verwerfen wollte, wenn die Strafen nicht doppelt so hoch be-messen würden. Nichts erbittert die Arbeiter mehr, als wenn ihre Hoffnung auf eine humane Arbeitsordnung gekränkt wird oder wenn die Wünsche der Arbeiter, insoweit sie sie kundgeben könnten, nicht gehört werden. Wenn schon bei den Staatswerten die Gutachten der Arbeiterschuh-Gesehwidrigkeit nicht gehört werden, so wird das in Privatbetrieben noch viel schlimmer sein. Die Arbeiterschuh-Gesehwidrigkeit können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie nicht rosenroße Schemen sind. Redner bittet die Regierung, bei der Regelung der Sonntagsruhe für die gewerblichen Betriebe nicht bloß die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer zu hören, welche letzteren doch in erster Linie interessiert sind. Redner weist ferner darauf hin, daß die Schulbedürftigkeit der Arbeiter von 16. bis auf das 18. Lebensjahr ausgedehnt werden müsse. Trotzdem das Unfall-Vericherungsgesetz lange genug besteht, ver-mindert sich nicht die Zahl der Unfälle, sondern sie vermehrt sich ständig. Das ist kein rühmliches Zeugnis für die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften. Die Ausschüsse selbst haben sich über die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften nicht sehr rühmlich aus-gesprochen. Warum haben einige Berufsgenossenschaften immer noch keine Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen? Vielfach sind Unfälle dadurch entstanden, daß die Arbeiter durch allzu lange Arbeitszeit abgepresst waren. Hier kann der Bundesrat mit seiner Befugnis eingreifen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Jahresberichte immer ausführlicher werden mögen.

Staatssekretär von Württemberg: Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im gewerblichen Betrieb sind nicht bis zum 1. April dieses Jahres zu erwarten. Es liegt hierzu eine solche Fülle von Material vor, daß, zumal infolge einer Kalamität in bezug auf die Arbeitskräfte im Reichsamt des Innern, die Be-arbeitung ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Material für mehrere Industrien liegt vollständig vor, aber die Entscheidung ist abhängig von den weiteren Gutachten der Re-gierungen. Ein Rath und der Unterstaatssekretär fehlen bereits seit längerer Zeit wegen Krankheit; deshalb kann ein Termin für die Beendigung der Arbeiten nicht angegeben werden. Ich hoffe aber, daß dieses Jahr nicht zu Ende gehen wird, ohne daß der Bundesrat die ihm obliegende Aufgabe erfüllen wird. Daß die Fabrik-inspektoren die Vertrauensmänner der Arbeiter werden, kann ich auch nur wünschen; aber das kann doch nicht dadurch geschehen, daß der Fabrikinspektor sich mit den Arbeitervereinen in fort-laufende Fühlung setzt. Umgekehrt sollten die Arbeitervereine sich ihrerseits an die Fabrikinspektoren wenden. Daß in Preußen die Tätigkeit der Fabrikinspektoren mit der Restelrevision verbunden ist, dafür giebt es ein Vorbild im Königreich Sachsen. (Zuruf: Beider!) Die Erfahrungen in Sachsen sind sehr gut (Zustimmung rechts) und man wird wohl abwarten müssen, wie die neue Organisation sich bewährt wird. Stellen sich Mißstände heraus, so wird die preussische Regierung auf Abhilfe dienen. Besondere Fragen sind diesmal für die Fabrikinspektoren nicht aufgestellt worden, weil dieselben genug zu thun hatten mit der Durch-führung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Was der Vorredner über die Arbeitsordnungen gesagt hat, kann ich nicht kontrollieren, namentlich soweit es die Muster-Arbeitsordnung eines Fabrik-inspektors betrifft. Aber daß die Arbeitsordnung etwas enthält, was nicht im Gesehe steht, ist noch kein Vorwurf. Was im Gesehe steht, braucht nicht in der Arbeitsordnung zu stehen, sondern gerade die anderen Dinge, soweit sie dem Gesehe nicht widersprechen, bilden den Inhalt der Arbeitsordnung.

Abg. Warm (Soz.): Wir wundern uns darüber nicht, daß die Erfüllung der schönen Versprechungen in bezug auf die Sonntagsruhe auf die lange Bank geschoben wird. Wer mit einiger Aufmerksamkeit die kapitalistischen Zeitungen gelesen hat, weiß, daß die Maulwürfe seit langer Zeit nach Kräften mitzeln haben. Es wird gesagt: laßt uns doch zufrieden mit neuen sozialpolitischen Gesehwidrigungen, wir brauchen Ruhe in der In-dustrie. Die Arbeiter stehen auf einem anderen Standpunkte. Sie verlangen nicht Zukunftsversprechen, sondern stellen bestimmte Forderungen an die Gegenwart, und wenn sie sehen, daß die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen immer auf die lange Bank geschoben wird, so trägt das nicht zur Zufriedenheit bei. Die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung hat auch der Mi-nister zugestanden, sich aber damit entschuldigt, daß die Herren im Ministerium überarbeitet waren. Wenn Sie unseren acht-stündigen Arbeitstag angenommen hätten, dann würde Ihnen das nicht passiert sein. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß die verzügerte Fertigstellung des Gesehwidrigungswurfs weniger an der Ueberarbeitung liegt, als an den Hemmnissen von Seiten der Unternehmer, die Ihnen so viel Mühe und Arbeit schaffen, daß Sie nicht über den Berg wegzukommen. Die Berichte der Fabrikinspektoren sind von der ersten bis zur letzten Seite Auflassungsschriften gegen das Unter-nehmerthum. Aber sie sind noch viel zu milde. Die Fabrik-inspektoren stehen viel zu wenig in Verkehr mit den Arbeitern, während der Minister gerade wünscht, sie möchten in engere Ver-bindung mit denselben treten. Aber trotzdem thun die Re-gierungsorgane im Lande gerade das Entgegengesetzte; sie maßregeln diejenigen Fabrikinspektoren, welche sich erlauben, den Arbeitern auch nur insoweit entgegen zu kommen, daß sie in Arbeiter-zeitungen bekannt machen, wo und wann sie zu sprechen sind. Im vorigen Jahre hat der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in einer Rundschrift seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß der Gewerbe-Inspektor für Köln in den sozialdemokratischen rheinischen Zeitungen bekannt gemacht habe, er wolle die Arbeiter bezüglich der Abänderungen von Arbeitsordnungen anhören, er sei gern bereit, vermittelt zwischen Arbeiter und Unternehmer zu treten; er ersuche, von gesundheitschädlichen Einrichtungen in Fabriken Mitteilung zu machen, damit er abhelfend eingreifen könne; um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Klage anzubringen, werde er am Sonntag, Morgens, eine Sprechstunde einrichten. Ist das nun ein Verbrechen, oder ist das seine Pflicht und Schuldigkeit? Was geschieht? Er wird denunziert von dem Verein der Industriellen an die königliche Regierung zu Köln. (Hört, hört!) Es hieß in der betreffenden Ein-gabe: in der Veröffentlichung des Fabrikinspektors liege eine amtliche Anerkennung der sozialdemokratischen Presse

als Organ der Arbeiterschaft. Das Vertrauen der Industriellen zu der königlichen Regierung werde dadurch erschüttert. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es, der Fabrik-inspektor habe die Arbeiter geradezu zur Denunziation ihrer Arbeitgeber aufgefordert. Der Regierungspräsident antwortete, daß die Veröffentlichung von ihm weder veranlaßt sei noch ge-billigt werde, und daß er dem Fabrikinspektor Jäger das Er-forderliche eröffnen habe. Dieses Dokument veröffentlichten die Industriellen und forderten ihrerseits auf, gegen den Fabrik-inspektor denunziatorisch vorzugehen. Hier, Herr Minister, das sind die unabhängigen Gewerbe-Inspektoren, von denen Sie wünschen, daß sie mit den Arbeitern in Verbindung treten. Wie soll da das Institut der Fabrikinspektoren von den Ar-beitern anders aufgefaßt werden, als eine Kamödie? Das ganze Institut des Fabrikinspektors wird vom Unter-nehmerthum gehaßt und verfolgt. Der Fabrikinspektor für Berlin-Charlottenburg theilt in seinem Berichte mit, daß er jede Fabrik im Jahre durchschnittlich 17 Mal besucht habe und daß die Arbeitgeber sich beschwerten über diese häufige Besichtigung ihrer gewerblichen Anlagen, und den Eindruck, den die häufige Anwesenheit von Polizeibeamten auf die Arbeiter mache. In Heft 58 der Ver-handlungen des Verbandes deutscher Industrieller vom Jahre 1891 wird die Organisation der Arbeiter als ein Unglück bezeichnet, welches unsere Zivilisation bedrohe. Diese Anschauung ist kennzeichnend für die Strömung, die unter den Großindustriellen herrscht. Der badische Fabrikinspektor Wörtschhofer hat es nicht abgelehnt, sich um den Inhalt der Arbeiterzeitungen zu kümmern. Er fand in einem Mannheimer Arbeiterblatt eine Beschwerde über eine dortige Schuhfabrik wegen der Beschaffenheit der Arbeitsräume. Als darauf Herr Wörtschhofer die Fabrik untersuchte, entließ der Fabrikherr diejenigen Arbeiter, in denen er die Urheber der Beschwerde vermutete. Das nennen wir Zuchtmaßstaat. In demselben Arbeiter-blatt wurde über die wieder Temperatur in einer Mannheimer Aktien-Maschinenfabrik geklagt. Auf Veranlassung des Fabrikinspektors wurde dem Uebelstand abgeholfen, aber zu gleich gab die Fabrikleitung Auftrag, sämtlichen Arbeitern zu kündigen. Man sagte den Arbeitern, sie möchten sich dafür bei dem Artikelschreiber und dem großherzoglichen Fabrikinspektor be-danken. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten.) Anßerdem er-dreiste sich die Fabrikleitung, an den Fabrikinspektor ein Schreiben zu richten, in welchem man ihm verblümt zu verstehen gab, daß er auf diese Weise die Arbeiter nicht beglücke. So werden die Mißstände von den Fabrikherren abgeschafft, aber man sucht den zu erwischen, der die Sache an die Öffentlichkeit gebracht hat. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nicht zu beseitigen und alle Marquis Posa-Schwärmerie des Herrn Fisch sind unerfüllbar. Nur in strengem und ernstem Kampfe läßt sich den Arbeitgebern das abringen, was die Ar-beiter brauchen. Wenn Gesetze, die eben erst gemacht sind, in so krasser Weise mißachtet werden, wenn die Fabrik-inspektoren von dem harten Mühlsteine des Kapitals würde gerieben werden, dann müssen sich die Zustände von Jahr zu Jahr verschlimmern. Der Reichsbericht scheint von einem Herrn abgefaßt zu sein, der alles im schönsten Lichte sieht. Derselbe weist auf alle die kleinen Wohlthaten hin, ohne die wirkliche Lage der Arbeiter ins Auge zu fassen. Auszüge aus den Berichten gelangen in die Presse und es kann dabei schon gefärbt werden. Wenn das, was unsere Presse mittheilt, auf die Arbeiter nicht beruhigend wirkt, so sind daran die Zustände schuld. Wir sind natürlich sehr erfreut, wenn wir Neuierungen finden, wie vom Fabrikinspektor Wörtschhofer, daß es nicht Be-greiflichkeit sei, wenn die Arbeiter steigend an den Früchten der fortschreitenden Technik theilnehmen wollen, sondern daß dem die Hauptsache zu Grunde liege, daß die Arbeiter ebenso wie andere Stände Träger des allgemeinen Kulturzustandes seien. Die Arbeiter sind es, welche die Berthe schaffen und durch ihre Arbeit dazu beitragen, daß die schönen Bienen und Paläste der Fabrikbesitzer entstehen können. Ihre Bankrotte haben sich diese dagegen selbst zuzuschreiben, denn durch die Arbeit sind sie noch nie bankrott geworden, sondern durch ihre Spekulationen. Herr von Stumm machte neulich die Arbeiter-organisationen für die Streiks verantwortlich. Der Fabrik-inspektor für Baden, Dr. Wörtschhofer, dessen soziales Wissen vielleicht etwas größer ist, als das des Herrn von Stumm, sagt in seinem Bericht, daß der besonnene und maßigende Einfluß der Führer der Arbeiterpartei Streiks verhindert habe. Die Berichte der Fabrikinspektoren zeigen, daß da, wo diese auf dem Posten sind und sich um die Dinge in den Fabriken kümmern, das Unternehmerthum sie als die überflüssigen Menschen be-trachtet, die den Fabrikbesitzern nur im Wege sind. Bei den Bochumer Prozessen ergab sich, daß die Ankunft der Revisionen durch Spiegel gemeldet wurde. So hält man es auch mit den Fabrikinspektoren. In Mecklenburg-Schwerin hat ein Fabrikbesitzer gesagt, wenn der Fabrikinspektor kommen wolle, habe er sich erst bei ihm zu melden. Auch belogen werden die Fabrik-inspektoren von den so fittlichen Unternehmern. Der Dortmunder Fabrikinspektor fand in einer Fabrik drei jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, deren Arbeitskraft mehr als ihrer Gesundheit zuträglich war, ausgenutzt zu werden schien, obwohl ihm vorher gesagt war, es sei kein jugendlicher Arbeiter beschäftigt. Die leb-haftesten Klagen kommen dorthin, wo die Unternehmer sich von den Armen der Arbeiter noch eine Liebesgabe von 40 Millionen in die Tasche stecken lassen. Nach dem Bericht für Ost- und Westpreußen war in einer ländlichen Dampfbrennerei nicht die geringste Sicherheitsvorkehrung vorhanden, und gerade in diesen kleinen ländlichen Brennereien ist die Arbeit lebensgefährlich, weil leicht Verbrühungen vorkommen können. Dem Fabrik-inspektor wurde schriftlich mitgeteilt, die von ihm angeordneten Sicherheitseinrichtungen seien ausgeführt. Später fand er die betreffende Maschine noch in demselben ordnungswidrigen Zustand; der Brennerei-besitzer hatte ihn einfach belogen und entschuldigte sich auf Vor-haltungen damit, er hätte nicht geglaubt, daß der Besichtigung und seiner schriftlichen Angabe ein solcher Werth beigelegt würde. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann, der nebenbei Gemeindevorsteher eines großen Dorfes ist, erhielt eine Geld-strafe. Leider sagt der Bericht nicht, wie viel. Diese Strafen sind aber so gering, daß sie das Unternehmerthum geradezu zur Uebertretung der Gesehwidrigung heraufordern. Daß immer mehr Menschenleben in der Industrie gemordet werden, kommt vielfach daher, daß man ungelernete Arbeiter an verantwortliche Stellen bringt, weil sie billiger sind; billig und schlecht, das ist Ihre alte Devise! Als in einer Papierfabrik ein jugendlicher Arbeiter getödtet wurde, wollte der Fabrikant die ganze Sache nicht anmelden, sondern todschweigen. Als er aufgefordert wurde, den Vorfall bei der Berufsgenossen-schaft anzumelden und Sicherheitseinrichtungen zu treffen, erklärte er: Wenn ich die Sicherheitseinrichtungen jetzt anbringe, so gebe ich damit doch ein Zugeständnis, daß ich an dem Tode des Knaben schuld bin. Dabei klagen die Unternehmer noch, daß sie zu häufig von den Fabrikinspektoren besucht und drangalirt würden. Die Polizeibehörden sollten die Fabrikinspektoren unterhüten; der Bericht für die Provinz Posen meldet aber, daß nicht selten die örtlichen Polizeiverwaltungen, ohne Sachverständige hinzu zuziehen, den Fabrikbesitzern attestieren, daß deren Betriebe in ordnungsmäßigem Zustande sind. Findet dann der Fabrikinspektor, daß nicht alles in Ordnung ist, so beschwert man sich auf Grund jener Atteste aber ihn. Ein Mühlensbesitzer und Vertrauensmann der Mülerei-Berufsgenossenschaft in Leipzig mußte durch die Polizei an-gehalten werden, seinen Fahrstuhl den Vorschriften entsprechend machen zu lassen. Und der Mann hat als Vertrauensmann der Berufs-genossenschaft die anderen Betriebe zu kontrollieren! Das heißt doch den Wolf zum Gärtner machen. Kontroll-vorschriften genügen nicht allein, um die Unfälle zu verringern, es muß dazu der achtstündige Normalarbeitstag eingeführt werden. Die größte Zahl der Unglücksfälle fällt nachgewiesener-maßen in die Abendstunden. Die Heppische der Akkordarbeit

trägt ebenfalls zu den vielen Unfällen bei. Die Akkordarbeit wird nur benutzt zur Lohnrückerlei. Das haben wir lange er-lärt. Es ist gut, daß das auch von der Fabrikaufsicht jetzt anerkannt wird. Die ungenügenden Räume machen die Arbeiter krank, und erst wenn das Unternehmerthum Geld verdient, legt es Ventilationsanlagen an, wie dies bezüglich der Zement-fabriken festgestellt worden ist. Der Fabrikinspektor von Hannover berichtet, daß ein Arbeiterblatt alle möglichen Beschwerden abdruckt, auch wenn sie unwahr sind. Der Fabrikinspektor hat im amtlichen Bericht erklärt, daß die Beschwerden sich bei Untersuchung als unrichtig ergeben haben. Ich habe die Beschwerden untersucht und gefunden, daß sie be-rechtigt waren, daß die Polizei oder der Fabrikinspektor auch Abhilfe geschaffen haben. Ich habe den Fabrikinspektor auf-gefordert, davon Notiz zu nehmen. Er hat es aber nicht für nötig gehalten. Die Herren Fabrikinspektoren haben nicht immer die nötigen Kenntnisse, solche Fabrikverhältnisse beurtheilen zu können. Namentlich fehlt es an der Mitwirkung der Ärzte. Der Fabrikarzt, der Kasernenarzt ist der Mann des Unternehmers; er nimmt auf die Arbeiter keine Rücksicht. Das geht aus den Berichten der Fabrikinspektoren hervor und auch aus den Schmerzensschreien der Ärzte in ihren Fachzeitschriften. Meine Ausführungen beweisen, daß das Unternehmerthum nur durch die strenge Ausführung des Gesehwidrigung dazu gebracht werden kann, daß es die Vorschriften der Humanität und Menschenachtung auch durch-führt. Wir beklagen es, daß den Inspektoren auch noch die Dampfsektionen aufgehaßt ist. Wenn irgend etwas der ge-nossenschaftlichen Selbstregelung überlassen werden kann, so ist es die Revision der Dampfsektion; denn hier schweben nicht Menschen-leben in Gefahr, sondern was viel kostbarer ist, Dampfsektion und Geld. Der Inspektor wird vor der Revision angemeldet; er erscheint als ein deus ex machina. Es werden ihm lauter Potemkinsche Dörfer vorgeführt. Daß dann gefälschte Berichte entstehen, ist kein Wunder. Wenn auch der Inspektor nicht direkt daran schuld, ist der Zweck der Revision darum verfehlt. Wir sind auch dagegen, daß dem Inspektor größere statistische Arbeiten übertragen werden. Es müssen dafür spezielle Hilfsarbeiter ange-stellt werden. Wir verlangen eine Erweiterung des Personals in bezug auf die Zahl wie in bezug auf die Auswahl. Damit der Arbeiter auch Vertrauen zu den Inspektoren haben kann, müßten auch die Arbeiter, mindestens als Hilfspersonen, dazu herangezogen werden, wie es in England der Fall ist. Ver-schiedene Vergehen und Verbrechen seitens des niederen und oberen Aufsichtspersonals gegen Arbeiterinnen können nur dann zur Sprache gebracht werden, wenn auch weibliche Fabrikinspek-toren vorhanden sind. Vor allen Dingen müssen die Regierungs-beamten selber angewiesen werden, nicht einzugreifen in das Ge-triebe der Inspektionen, wie es kürzlich in Köln passiert ist. Sonst kann kein Vertrauen vorhanden sein. Unsere Klagen werden nicht eher aufhören, als bis den beregten Mißständen abgeholfen wird.

Hierauf wird um 5/4 Uhr die Debatte vertagt.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge aus dem Hause.)

Parteinachrichten.

Zu Acht und Aberacht haben die Spießbürger Mährisch-Neustadts die Sozialdemokratie erklärt. Die dortigen „Gewerbetreibenden“ beschloßen am 15. Januar in einer Ver-sammlung, alle Arbeiter zu entlassen, die dem Arbeiter-Bildungs- und Unterstüßungs-Verein angehören oder „überhaupt Sozial-demokraten“ sind. Ferner beschloßen sie, die Wirthe nicht mehr zu besuchen, die ihre Lokale unserer Partei zu Versammlungen überlassen. Einige besonders geistreiche Sozialistenbitter schlugen sogar vor, die Gewerbetreibenden sollten den Arbeitern „nichts mehr verkaufen.“ Jedem Barren gefällt seine Krappe. Die Ar-beiter anderer Orte werden hoffentlich durch Fernhaltung des Zugugs dafür sorgen, daß die Spießbürger Mährisch-Neustadts selber einsehen, wie lächerlich sie sich durch ihren Be-schluß gemacht haben.

Reichstagskandidatur. Für den westfälischen Wahlkreis Aken a. Jerslohn stellte am 29. Januar cr. eine Partei-konferenz den Kandidaten Genossen Karl Meiß als Reichstags-kandidaten auf.

Eine Versammlung von Delegirten aus dem Kreise Prenz-lau-Angermünde, die am 5. Februar in Schwedt tagte und von den Orten Prenzlau, Angermünde, Stralsburg, Döberitz und Schwedt beschickt war, ernannte einstimmig den Genossen Otto Thierbach aus Berlin zum Reichstags-Kandidaten. Beim Punkt „Agitation“ beschloß man die Herausgabe eines ein-wöchentlichen Flugblattes für den Wahlkreis und übertrug die Zentral-leitung der Agitation den Schwedter Genossen. Eine bessere Ein-teilung und Verbindung der Orte soll angestrebt werden. Den Delegirten wurde noch zur Pflicht gemacht, für die weiteste Ver-breitung der sozialdemokratischen Presse Sorge zu tragen. Zum Mitgliede der Preschkommission ernannte die Konferenz einstimmig den Genossen Otto Thierbach. Da in Schwedt kein Lokal zu be-kommen war, mußten die Delegirten in der Privatwohnung des Genossen Robert Schmidt verhandeln.

Als Reichstags-Kandidat für den VII. Schleswig-hol-steinischen Wahlkreis (Kiel-Rendsburg) ist Genosse E. Regien in Hamburg in Aussicht genommen. Ende dieses Monats sollen auf dem Lande mehrere Versammlungen stattfinden, in denen Regien sprechen wird.

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitages erklärte sich in Heldenbergen in Hesse eine Volkversammlung ein-verstanden, in welcher der Genosse Friz Schmidt aus Fried-berg Bericht erstattet hatte. Die Versammlung erhob dann energischen Protest gegen die Militärvorlage und gab in einer weiteren Resolution den Wunsch Ausdruck, daß der Parteivorstand möglichst bald einen Referenten nach dem Wahlkreise entsenden und das Flugblatt gegen den Militarismus so schnell wie möglich fertigstellen möge.

Parteikonferenzen. Die Parteigenossen im Wahlkreise Kaiserslautern-Rheinböden (bayerische Rheinpfalz) halten, wie uns aus Kaiserslautern geschrieben wird, am 26. Februar eine Konferenz ab, worauf sämtliche Ge-nossen des Wahlkreises aufmerksam gemacht werden. Ueber den Ort der Konferenz ist in der Zeitschrift nichts angegeben.

Auf der Parteikonferenz der Sozialdemokraten des Wahl-kreises Aken a. Jerslohn, die am 29. Januar in Jerslohn abgehalten wurde, waren 10 Ortschaften durch 27 Delegirte ver-treten. Nach der Berichterstattung der Delegirten ist die Agitation in dem Wahlkreise sehr schwierig. Ursache sind der Indifferen-tismus, die Furcht vor Maßregelung und der überall laippe Arbeiterlohn.

In demselben Tage hielten die Sozialdemokraten des Wahl-kreises Schwelm-Hagen in Schwelm eine Konferenz ab, zu der aus 6 Ortschaften 19 Delegirte erschienen waren. Es wurde beschloßen, jährlich 2 Flugblätter herauszugeben, die in einer Anzahl von 60-100 000 Exemplaren im ganzen Wahlkreise verbreitet werden sollen. Die Konferenz erklärte ferner, daß überall da, wo die Verhältnisse es zulassen, Vereine zu gründen sind, gleichviel welchen Namens, wenn sie nur für die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wirken. Den Genossen wurde die Agitation von Person zu Person zur besonderen Pflicht gemacht.

Zu Husum tagte am 21. Januar eine Konferenz der Ver-trauensleute aus dem 4. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise, auf der über den Stand der Bewegung in einzelnen Orten — wie Lönneburg, Tönning, Friedrichsstadt — geklagt wurde.

Gegenüber früheren Zeiten sind aber die Verhältnisse der Partei auch in diesem Wahlkreise besser geworden. Während früher in Pommern jährlich kaum 18-20 M. für Parteizwecke aufgebracht wurden, betrug die Einnahme des Vertrauensmannes im letzten Jahre 88,85 M. Die Gesamteinnahme des Vertrauensmannes des Kreises belief sich auf 186,57 M., wobei zu berücksichtigen ist, daß die Organisation erst seit einem Jahre besteht. An Versammlungsorten hat die Partei noch keinen Mangel. Die Konferenz wählte Hufum zum Vorort; alle Sendungen sind zu richten an den Lokalführer J. Steinhardt in Hufum, Neustadt Str. 44. Parteigenossen, welche Schriften übrig haben, die sich für die Propaganda eignen, werden gebeten, diese dem Kreise zur Verfügung zu stellen.

Sonntag, den 19. Februar, tritt in Friedberg in Hessen eine Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises Friedberg-Südingen zusammen.

Partei-Organisation. In die Agitationskommission für die Rheinprovinz sind von den Elberfelder Genossen wieder A. Neumann, S. Grimpe und Paul Köffer berufen worden. Briefe sind an Grimpe, Elberfeld, Kleine Klobbahn 10, Köffer, Elberfeld, Hochstraße 58, zu adressieren.

In Sandshut, einer der Hochburgen der bayerischen Ultramontanen, zeichneten sich in einer Versammlung, in der Genosse Schmid aus München über die gegenwärtige politische Lage und die Bestrebungen der Sozialdemokratie sprach, nicht weniger als 60 Personen als Mitglieder des Wahlvereins ein, der jetzt wieder ein Lokal zur Verfügung hat. Der Landshuter Bürgermeister, ehemals Advokat in Fürth, giebt sich große Mühe, die Sozialdemokratie nicht aufkommen zu lassen. Wie wenig Glück er damit hat, zeigt das Ergebnis jener Versammlung.

In Frankfurt a. O. haben die Genossen unter der Firma Konsumverein „Vorwärts“ einen Verein gegründet, der den Zweck hat, Grundstücke und Lokalitäten zu erwerben, in denen Versammlungen und Festlichkeiten abgehalten werden können, ferner den Einkauf von Lebensmitteln und Genussmitteln sowie von Wirtschaftsbekanntnissen jeder Art im großen und die Abgabe dieser Produkte im kleinen an die Mitglieder zu besorgen. Der Geschäftsantheil jedes Mitgliedes ist vorläufig auf 30 M. festgesetzt, er kann auch durch monatliche Zahlung von mindestens 25 Pf. erworben werden. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. Geschäftsführer und Kassierer ist der Drucker der „Märkischen Volksstimme“, Chr. S. S. S. Begründet wird die Errichtung des Vereins wie folgt: „Die Erfahrung hat es gelehrt, daß unsere Saal- und Lokalitäten zwar bereit sind, jahrein jahraus ihre Waaren gegen schweres Geld an uns abzugeben, uns aber aus Inechnischer Furcht vor der hohen Obrigkeit die Abhaltung von Versammlungen in ihren Lokalen verweigern. Die Unterwürfigkeit dieser Leute geht soweit, daß sie selbst Gesangsvereine, in welchen einige Parteigenossen mitwirken, nur dann aufnehmen, wenn ihnen die Obrigkeit verspricht, daß sie dies ohne Schaden thun können.“

Der Brauereiboykott in Magdeburg ist für die Arbeiter von günstigem Verlauf. Kürzlich war die Lokalkommission mit dem Ausschuss des Brauereiverbandes zusammen. Dabei erklärten die Brauereibesitzer, daß die Militärbehörde allein am Boykott schuld habe. Die Brauereibesitzer hätten nichts dagegen, wenn die von ihnen abhängigen Wirthe ihre Lokale auch der Sozialdemokratie zur Verfügung stellten. Schließlich sagte der Ausschuss zu, sein mögliches zu thun, damit die drei größten Säle Magdeburgs, Flora, Postjäger und Bremen, unserer Partei wieder zu Versammlungen überlassen werden. Am 2. Februar beschloß nun eine Volksversammlung, daß die Lokalkommission den Boykott über einzelne Brauereien nur dann aufheben solle, wenn diese von dem Rückversicherungsvertrag zurücktreten, den die Brauereien unter sich abgeschlossen haben und nach dem jede solche Brauerei aus ihre Säle verweigert. In der Volksversammlung kam noch folgendes zur Sprache. Nach dem Bericht der „Volksstimme“ sagte der Redner Schöcher: „Die „Unabhängigen“ haben in der Versammlung, als Genosse Koch hier sprach, sich den Boykott beschließen gegügt; ja, sie sprachen für den Boykott. Und was sehen wir jetzt? Sie verjagen boykottirtes Bier. Koch mehr. Diesen Montag fand hier eine Versammlung der Unabhängigen statt. Nachher gingen die Spitzen derselben: Wildberger, Niskan, Wuthwill u. c. in eine boykottirte Bierhalle und kniepten dort so lange, bis sie nicht mehr konnten. Solche Leute, die angeblich für die Arbeiter eintreten, aber deren Beschlüsse mißachten; Leute, die ihr gegebenes Wort brechen; Leute, die in einer so wichtigen Frage sich auf Seite des Kapitals stellen, sollten unserer Beachtung verfallen. (Stürmischer Beifall.)“

Todtenliste der Partei. In Schlanstadt (Provinz Sachsen) ist am 27. Januar der Maurer Heinrich Brune gestorben. Er war nicht ein treuer Kämpfer, der sich der Partei nützlich machte, wo er nur konnte. — Aus Mannheim wird der Tod des Genossen Adam Weich gemeldet, aus Darmstadt der Tod des Drehecks Fris Hölke. — In Wangan ist der Filial-Expedit der „Schwab. Tagwacht“, Heinrich Häßler sen., aus dem Leben geschieden. Gegen 500 Personen erwiesen ihm die letzte Ehre. In Wald starb der Genosse Wilhelm Langenohl.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Genosse R. A. S. aus Staffort sollte am 15. Oktober in Neudorf eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten haben. Das Schöffengericht sprach ihn kostenlos frei.

— In Wiesbaden wurde der Schreiner Friedrich Friedel aus Höchst zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, weil er in einer am 2. Oktober in Nied abgehaltenen Versammlung die Zeremonien der christlichen Religion geschmäht haben soll. Er bestritt die betreffende Aeußerung gethan zu haben, und selbst zwei Stenographen konnten das nicht entkräften, der Gerichtshof hielt indessen die Aussage des Gendarmen für zuverlässiger, weil sie von diesem während des Anhörens der Friedel'schen Rede niedergeschrieben worden war. Die entlassenden Aussagen dreier Parteigenossen wurden nicht für entscheidend erachtet, da der Gerichtshof wegen des längeren Zeitraumes, der seit der Versammlung verlossen war, es nicht für ausgeschlossen hielt, daß die drei Genossen sich irrten.

— Das Reichsgericht verwarf die Berufung der Redakteure Lingweiler und Gewehr, welche vom Elberfelder Landgericht zu je 150 M. Geldstrafe verurtheilt worden waren, weil sie in Artikeln der „Freien Presse“ die Behandlung getadelt hatten, die dem Genossen Grimpe im dortigen Gefängnis widerfahren ist. Durch die Artikel fühlte sich die Arrestverwaltung beleidigt. Das Reichsgericht nahm nach der Elberfelder „Freien Presse“ an, daß, wenn dem beiden Beschuldigten auch durch verschiedene Strafverfahren selbst Gefängnisstrafen bevorstünden, sie doch nicht, sondern Grimpe die Berechtigung gehabt hätte, etwaige vorgekommene Uebelstände öffentlich zu besprechen.

— Die „St. Johanner Zeitung“ meldet, daß, wie verlautet, der Schlosser G. M. E., Expedit des „Boten von der Saar“, wegen Vergehens gegen die Stillschließung verhaftet worden sei. Bestätigung dieser seltsamen Nachricht bleibt abzuwarten. Vorläufig möchten wir in anbetragt der Quelle, aus der sie stammt, noch ein großes ? anbringen.

Tokales.

Der Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin hatte behufs Besprechung der Frage einer Regelung des Arbeitsnachweises eine Einladung an alle Vereinigungen,

ohne Unterschied, ob Arbeitgeber- oder Arbeitnehmer-Vereinigungen, welche keinen gemerbemäßigen Arbeitsnachweis unterhalten, zu einer Konferenz ergehen lassen, welche am 6. d. M. im Bürger-saale des Rathhauses stattfand. Diefelbe war von einer sehr ansehnlichen Zahl von Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigungen — ca. 80 bis 90 — unter diesen auch der Berliner Streik-Kontrollkommission besetzt. Der Vorsitzende des einberufenden Vereins, Magistrats-Assessor Dr. Freund, betonte von vornherein, daß die Konferenz keinen amtlichen, sondern nur einen privaten Charakter habe. Derselbe wies sodann darauf hin, daß in Berlin über 200 selbständige Arbeitsnachweise bestehen, welche gegenständig ohne jede Fühlung seien. Um eine solche Fühlung zu gewinnen, hielt er es für vorthelhaft, einen Zentralausschuß für sämtliche Arbeitsnachweise zu bilden, welcher Bildung später die eines Verbandes folgen sollte. Hauptaufgabe des Zentralausschusses würde sein die Schaffung einer Arbeitsnachweis-Statistik, dergestalt, daß von allen Arbeitsnachweisen dem Zentralausschuß allmonatlich das statistische Material über Arbeitsangebote, Arbeitsgesuche und vermittelte Stellen übermittelt werde. Aus den Schwankungen der Angebote und der vermittelten Stellen würde ein Rückschluß auf die Arbeitslosigkeit zu ermöglichen sein. Ebenso könnte der Zugang von außerhalb festgestellt werden, was unter Umständen von großer Wichtigkeit wäre. Eine weitere Aufgabe des Zentralausschusses würde darin zu erblicken sein, für alle Arbeitsnachweise ein eigenes großes Heim zu schaffen (also eine Art Arbeitsbörse) mit allen entsprechenden Nebeneinrichtungen, ohne dem einzelnen Arbeitsnachweise seine Selbstständigkeit zu nehmen. Später könnte dann ein Zentralverband der Arbeitsnachweise mit Statuten gebildet werden. Dr. Freund empfahl die Bildung eines derartigen Zentralausschusses, aus 23 Personen zusammengesetzt, und zwar aus 10 Arbeitgebern und 10 Arbeitnehmern, sowie drei „Unparteiischen“, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sind, aus dem Vorstände des Zentralvereins für Arbeitsnachweis. Zur Herbeiführung dieser Wahl empfahl er die Einsetzung einer Kommission. H. A. E. begrüßte die Anregung des Herrn Dr. Freund im Prinzip, hielt dieselbe aber in der Praxis für unausführbar. Eine derartige Verschmelzung würde die Arbeiterorganisationen, welche fast sämtlich für politisch gelten, mit dem Vereinigensein in Konflikt bringen. Außerdem verfolgten die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber andere Interessen als die der Arbeiter. Eine Arbeitsnachweis-Statistik würde zu ermöglichen sein. Die Schaffung eines eigenen Heimes müsse Sache der Kommune sein. Da überdies die Vertreter der Gewerkschaften nicht ermächtigt seien, bindende Beschlüsse zu fassen, beantragte er, daß die Angelegenheit zunächst in öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen diskutiert werden möge. L. M. (Schneider) hätte gewünscht, daß der Magistrat die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen hätte. An der Statistik könnten sich die Gewerkschaften beteiligen, an nichts Anderem. Er war wie früher der Meinung, daß die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst verwalten und namentlich den Arbeitsnachweis nicht aus den Händen geben würden. In demselben Sinne äußerten sich die Herren Koch, A. K. (Steineyer), H. A. E. (Buchdrucker), welcher noch besonders hervorhob, daß in Streikfällen ein derartig zentralisirtes Arbeitsnachweis zu Ungunsten der Streikenden ausgenutzt werden könnte. Da die Liste der eingerechneten Redner eine ungemein umfangreiche war, so verzichteten die Vertreter der Arbeitnehmer, welche mit den Vordemern auf gleichem Standpunkte standen, fast ausnahmslos aufs Wort. N. A. E. empfahl noch besonders, sich bezüglich der auszunehmenden Statistik keinen allzu sanguinischen Hoffnungen hinzugeben, da dieselbe einmal auf die Arbeitslosigkeit solche Schlüsse zulasse, andererseits aber mindestens 50 pSt. aller Stellen ohne Arbeitsnachweis besetzt werden, auch viele Gewerkschaften gar keinen Arbeitsnachweis besitzen. G. F. (Zimmerer) lehnte namens seiner Gewerkschaft jede Beteiligung an dem Projekte ab. V. C. (Kaufmann) hielt einen Zentral-Arbeitsnachweis für die Kaufleute nur dann für möglich, wenn derselbe gesetzlich organisiert und jede private Vermittlung verboten würde. Seitens der Arbeitgeber, welche das Wort nahmen, wurde dem Projekte mehr Sympathie entgegengebracht. Wie Dr. Freund erklärte, will der Zentralverein für Arbeitsnachweis die Kosten der Zusammenhaltung der Arbeitsnachweis-Statistik sowie deren Drucklegung allein tragen. Er entnahm aus den Verhandlungen, daß die Gewerkschaften geneigt seien, die Bestrebungen zur Schaffung einer Arbeitsnachweis-Statistik zu unterstützen und billigte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften z. B. zunächst mit diesen Rücksprache nehmen wollten. Eine Resolution, in welcher die Delegirten die Bestrebungen auf Schaffung einer Arbeitsnachweis-Statistik begünstigen, bezüglich der Bildung eines Zentralausschusses und eines Zentralverbandes sich mit ihren Gewerkschaften z. B. in Verbindung zu setzen und eine Beschlusfassung hierüber herbeizuführen zulagen, wurde angenommen. Eine neue Versammlung wird später stattfinden. Eine Resolution, vom Maler Riesop gestellt, welche den Magistrat um Errichtung einer Arbeitsbörse nach Pariser Muster ersucht, gelangte als über den Rahmen der Tagesordnung hinausgehend nicht zur Abstimmung.

Die Sparbarkeit der Eisenbahn-Verwaltungen macht sich in allen Zweigen des Betriebs bemerkbar. Während bei allen Reuten, welche im Dienst der Bahn stehen, an den Löhnen nach der Dauer geknüpft wird, werden die Pachtsummen, welche für die von der Bahnverwaltung verpachteten Räume zu zahlen sind, in wahrhaft iabelhafter Weise in die Höhe geschraubt. So ist zum 1. April die Kutscher-Rekultation auf dem Potsdamer Bahnhof zu vergeben, weil der jetzige Pächter thatsächlich hinausgetrieben worden ist. Derselbe zahlte bisher 1500 M. Jahrespacht, jetzt werden 2500 M. mehr verlangt. Diese Rekultation ist den meisten Berlinern unbekannt, sie wird fast ausschließlich von den Kutschern der Droschkeln besetzt, welche an der Ostseite des Bahnhofes halten. Für die Einrichtung dieser „Wirtschaft“ ist es bezeichnend, daß sich in derselben nicht einmal ein Ofen befindet, das ist zu Winterzeiten nicht gerade angenehm. In dem Pachtvertrag, welchen der Pächter unterschreiben muß, wird die Wirtschaft folgendermaßen geschildert: Eine Schankkubde an der Ostseite des Potsdamer Bahnhofes mit einem Anbau von ungefähr 18 Quadratmetern Grundfläche. Hierzu gehört noch ein Kellerraum und eine Poshwohnung von 8 Stuben, 1 Küche und 1 Nebenraum. Und hierfür die enorme Pacht!

Der Pachtvertrag enthält übrigens einige Paragraphen, welche hinter denen der berücksichtigten Berliner Miethskontrakte in Nichts zurückstehen. So bestimmt der § 6, daß bezüglich der Unterhaltung der verpachteten Räume die Bestimmungen des Regulators über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten zur Anwendung kommen. Das heißt, daß der Pächter seine Räume für sein Geld in gutem inneren und äußeren Zustande zu unterhalten hat. Alle nach dem Ermessen des Verpächters etwa erforderlichen Instandsetzungen sind vom Pächter auf eigene Kosten auszuführen zu lassen. Die Pächter von Bahnhofrestaurationen dürfen nicht selbst die Preise ihrer Speisen und Getränke bestimmen, dieselben werden vielmehr durch das Eisenbahn-Betriebsamt festgesetzt. Dieses Preisverzeichnis ist neben dem Schanktisch auszubringen. Das Betriebsamt übernimmt sogar das Amt des Jenseits: Der Pächter ist verpflichtet, den Anordnungen des Betriebsamts bezüglich des Auslegens von Zeitungen und anderer Lektüre in den Schankräumen unbedingt nachzukommen.

Eine Prachtleistung ist der Paragraph 12. Derselbe gefällt uns so gut, daß wir ihn im Wortlaut wiedergeben: „Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt ist beauftragt, bei Zuwiderhandlungen seitens des Pächters oder seines Personals gegen obige Vertragsbestimmungen für jeden Zuwiderhandlungsfall, über dessen Vorliegen es allein zu entscheiden hat, nach seinem Ermessen Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 30 M. gegen den Pächter festzusetzen, deren sofortige Einzahlung bei Vermeidung der Kündigungskosten Aufhebung des Pachtvertrages zu verfügen. Wiederholte Zuwiderhandlungen gegen vorstehende

Bestimmungen seitens des Betriebes begründen gleichfalls die Befugniß zur sofortigen Aufhebung des Vertrages seitens des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes.“

Das ist ja eine großartige Einrichtung: Der Vermietter entscheidet als höchste Instanz, ob sich der Miether gegen den oder jenen Paragraphen des Pachtvertrages vergrämen hat, und er setzt auch ganz nach seinem Ermessen die „Strafen“ fest. Wenn diese Bestimmung etwas virtuos gehandhabt wird, kann der Vermietter mit Beilichtheit die doppelte Pachtsumme binnen ganz kurzer Zeit herausgeholt haben. Es giebt wirklich nichts Bessere, als Kläger und Richter in einer Person zu sein! Die Eisenbahn-Verwaltungen haben zudem noch die volle Garantie, daß die von ihnen verhängten Strafen auch prompt bezahlt werden: der Pächter hat nämlich noch vor Antritt der Pacht eine Kaution bis zur Höhe der Jahrespacht zu hinterlegen! Man sieht, die Betriebsämter gehen so zu Werke, daß die Pächter allfällig in dem Pachtvertrag sitzen bis über die Ohren.

Die Berliner Stadtmiffion wird von unternehmenden Männern geleitet. Diese wissen, daß zum Kriegsführen, auch wenn der Krieg gegen den Teufel des Umsturzes geht, vor allen Dingen dreierlei gehört, nämlich Geld, wieder Geld und noch-mals Geld. Das Geld dazu verschaffen sie sich auf vielerlei Art. Unter anderem haben sie auch vor längerer Zeit unter dem Namen „Tabak-Industrie der Berliner Stadtmiffion“ eine Zigaretten- und Rauchtabak-Fabrik nebst Tabakschneiderei und Zigarettenfabrik begründet, welche im Stadtmiffionshaus am Johannisbisch als „Import-, Export-, Engros-, Detail- und Versandt-Haus“ ziemlich gut zu florieren scheint. Die dort beschäftigten Arbeiter sind, wie ein kürzlich ausgegebener Prospekt besagt, „entlassene Strafgefangene aus allen Gauen unseres deutschen Vaterlandes“. Angeblich ist die Fabrik nur zu deren Pflege und Beschäftigung gegründet worden. Wenn man sich aber erinnert, wie schlecht die Stadtmiffion die unter ihrer Leitung auf den Höfen umherziehenden und singenden Kurrendeknaben bezahlte, dann kommt man auf die Vermuthung, daß die Tabak-Industrie der Berliner Stadtmiffion ebenso wenig das Interesse der entlassenen Strafgefangenen, wie ihre famose Kurrende den Nutzen armer Kinder im Auge hat. Der erwähnte Prospekt lieft sich auch ganz wie das Zirkular eines anderen Fabrikanten, der nicht, um Zigarettenarbeitern Beschäftigung zu verschaffen, sondern um sich selber die Taschen zu füllen, fabrizirt. Das Schriftstück ist nach allen Regeln kaufmännischer Reklamensucht und Marktchreiererei abgefaßt. Auf vier eng bedruckten Seiten in Großquart finden wir den angeblich einzigen Zweck des Unternehmens mit nur drei Zeilen erwähnt, und diese drei Zeilen sind höchst charakteristisch. Es heißt da: „Nur durch die Pflege der „Strafgefangenen“ zum Betriebe der Tabakindustrie gezwungen und ausschließlich diesen Zweck verfolgend, sind wir in der Lage, schon zu billigen Preisen ein gutes Fabrikat anzubieten. Ew. u. f. w. mögen hieraus erkennen, daß Ihnen diese Offerte schätzenswerthe Vortheile bietet, und daß Sie durch Berücksichtigung derselben ein Werk unterstützen, welches dem Wohle der Unglücklichen geweiht ist.“ Die Billigkeit wird also direkt damit begründet, daß entlassene Strafgefangene beschäftigt werden. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Löhne denn bei der Berliner Stadtmiffion gezahlt werden. Wahrscheinlich keine anderen als bei den mecklenburgischen Großgrundbesitzern, zu denen der Berliner „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ in der Erntezeit das Gros seiner Pflegelinge transportirt. So'n bischen „Wohlthätigkeit“ macht sich ganz hübsch, namentlich wenn es nichts kostet und womöglich noch etwas einbringt.

Die Herren Werner und Piesländer wollen unseren Kollegen Ebers vor den Rudi schleppen, um nach der radikalsten Manier ihre etwas brüchig gewordene Ehre durch ein schöpferisches Erkenntniß repariren zu lassen. Der Mann des Draufganges und der Kompilire der „Staatsbürger-Zeitung“, der in seinem Leitbilde in aller Weise seine eigene Charakteristik aus dem Jahre 1878 studiren kann, sind ein würdiges Paar — vielleicht lehren sie als die Geschlagenen aus dem Gerichtssaale heim. „Genosse“ Kampfmeyer hat den Ton mit den Privatklagen angegeben, nun wollen die beiden Wilhelms natürlich auch nicht zurückbleiben.

Typhus in der Kaserne des zweiten Garde-Regiments. Am 3. d. Mts. erkrankten plötzlich vier Mann der 1. und 2. Eskadron unter fieberhaften Erscheinungen und wurden sofort nach dem Garnison-Spazareth in der Schanzenstraße gebracht, wohin am darauffolgenden Tage, am Donnerstag, weitere zwei Mann, die dieselben gleichfalls verdächtigen Symptome zeigten, gebracht werden mußten. In diesem Tage wurde bei den sechs Patienten Ausbruch des Typhus konstatiert, am Sonnabend erkrankten abermals vier Mann, die gleichfalls nach dem Garnison-Spazareth gebracht wurden, doch ist bei diesen Leidenden Typhus — wenigstens bis heute Morgen — noch nicht festgestellt worden.

Seitens der Militärbehörde wurden sofort die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln getroffen, um eine weitere Ausbreitung der Epidemie zu verhindern. Die Uniformen, welche die Erkrankten getragen, die Betten, in welchen sie geschlafen, wurden sofort verbrannt; sämtliche Zimmer der Kaserne wurden desinfizirt, den Mannschaften ist auf das strengste angeordnet worden, nur abgekochtes Wasser zu trinken. Thatsächlich haben diese Maßregeln den Erfolg gehabt, daß weitere Erkrankungen nicht vorgekommen sind. Der Umstand, daß die Typhus-befallenen den verschiedenen Schwadronen des Regiments angehören und daß die Typhus-Epidemie in den entgegengesetzten Theilen der Kaserne fast zu gleicher Zeit ausgebrochen, läßt darauf schließen, daß die Typhus-Erreger an einer allen Mannschaften gleichmäßig zugänglichen Stelle befanden. Von dieser Annahme ausgehend, sind den auf dem Kasernenhofe befindlichen zwei Brunnen Wasserproben entnommen worden behufs Vornahme einer bakteriologischen Untersuchung. Man nimmt an, daß die Krankheitskeime aus der Kanalisation herrühren, welche im verfloffenen Jahre auf dem Hofe und in der Kaserne erneuert worden ist.

Von den zehn erkrankten Soldaten liegen vier derselben schwer leidend, doch nicht hoffnungslos, darnieder. Der Rest dürfte einer sicheren Genesung entgegensehen.

Heber die Cholera-Epidemie in der Anstalt Rietleben veröffentlicht Herr Kreisphysikus Dr. Fielich in der „Deutschen Mediz. Wochenschrift“ eine authentische Darstellung, der wir folgendes entnehmen: Nachdem sowohl im Sommer wie auch im Spätherbste eine größere Anzahl Darmkatarrhe in der Anstalt vorgekommen waren, von denen der letzte am 7. Januar im Krankenhaus notirt ist, erkrankte und starb am 14. ein Mann unter choleraverdächtigen Erscheinungen. Die Sektion am 15. bestärkte den Verdacht, zumal bereits weitere Erkrankungen aufgetreten waren. Es wurden meist Patienten der dritten Pflegeklasse befallen, aber auch Pfleglinge der ersten und zweiten Klasse. Zufällig ereignete sich der erste Fall in einem Hause, das 1866 hauptsächlich verfeucht war, aber die nächsten 100 Fälle vertheilten sich in ganz unregelmäßiger Reihenfolge auf fast sämtliche Gebäude. Diese Umstände sowie der explosionsartige Ausbruch deuten für jeden Unbefangenen darauf hin, daß der Ansteckungsstoff plötzlich allen Bewohnern der Anstalt (901 Personen, wovon 811 Pfleglinge) zugänglich war. Die eingehendsten Untersuchungen, welche Herr Geh. Rath Dr. Koch vom 20. bis 28. Januar persönlich leitete, ließen keinen Zweifel darüber, daß die schnelle Ausbreitung durch das Trinkwasser erfolgt war. Wie und wann der Keim in der Anstalt reponirt wurde, ist noch nicht mit Sicherheit festzustellen. Herr Prof. Dr. Arndt (Greifswald) glaubt, die Cholera sei in der Anstalt selbst entstanden. Er meint, es sei bei dieser Epidemie gerade so dunkel wie 1866. Wenn die Verhältnisse diesmal so klar gelegen hätten wie 1866, dann würden wir nicht verwundert

